

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeitspalte oder deren Raum 25 Pfg., Veramunungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 157.

Sonnabend, den 7. Juli 1917.

24. Jahrg.

Um die Sonnenwende.

Von Richard Gaedke.

Wenn Engländer und Franzosen alle Künste haben spielen lassen, um das russische Heer zu neuem Angriffe willig zu machen, so werden sie kaum auf einen taktischen Erfolg gerechnet haben. Von ihrem Standpunkte aus dürfte solches Ergebnis eine Nebenbedingung sein, das man natürlich gerne in den Kauf nahm, wenn der Zufall es so wollte, auf das es aber nicht in erster Linie ankam. Das wesentliche für sie war, Rußland wieder fest an ihren Bund zu ketten und die ihm verbliebene militärische Kraft zur Bindung deutscher und österreichisch-ungarischer Streitermassen auszunutzen. Ganz aufrichtig hat Lloyd George am 30. Juni in Glasgow eingestanden, daß die militärische Lage des Viererbandes sich zunächst durch die Ereignisse in Rußland zu ihrem Nachteil verändert habe. Wenn er hinzufügt, daß England und seine Genossen ihr Ziel in diesem Jahre hätten erreichen können, falls sämtliche Heere der Verbündeten bereit gewesen wären, überall gleichzeitig anzugreifen, so mag man diese Auffassung teilen oder nicht teilen; man sieht aber, wie sehr die Umwälzung in Rußland die Engländer zunächst enttäuscht hat. Sie sollte die friedlichen Neigungen der Hofpartei und des Zaren gründlich durchkreuzen, und sie hatte die tatsächliche Wirkung, Rußland für beinahe vier Monate von seinem Blase auf dem Schachbrette des Krieges zu entfernen. Wenn die Bayern fehlten, waren die Offiziere nicht stark genug, das Spiel gegen den feindlichen König zu entscheiden.

Wie im Westen die unzählbare Masse der Eisenmunition unsere „Drahtindemisse und Schanzen“ zermalmen sollte, so war die gewaltige russische Menschenmasse dazu bestimmt, die Heere der Mittelmächte durch ihre Ueberzahl zu erdrücken. Diese Hoffnung war nun vorbei, die Schlachten im Westen und in Italien hatten den Sieg nicht gebracht. Jetzt fürchtete man die Niederlage, wenn die Heere der Mittelmächte im Osten frei würden. Darum mußten die Russen um jeden Preis angreifen, gleichgültig, ob sie einen Erfolg zu erwarten hatten oder nicht. Im Lager der Westmächte verzweifelte man an jeder Möglichkeit, seine Kriegsziele zu erreichen, wenn jetzt die Russen nicht von neuem auf den Plan traten.

Und sie haben angegriffen und ihr Blut wie immer freigiebig vergossen. Unsere Zeitungen sind voll von Tatsachen, die ein sehr trübes Licht auf die Mannszucht des russischen Heeres werfen. Aber wir werden in deren Bemerkung sehr vorsichtig sein müssen, und ich bin überzeugt, daß unsere eigene Heeresleitung nach diesem Grundsatze handelt. Die Tage des 30. Juni und des 1. Juli haben bewiesen, daß die Schlagkraft des russischen Heeres bisher nicht wesentlich gelitten hat. Vom militärischen Standpunkte aus ist allein dies wissenschaftlich wertvoll; wie sich die Verhältnisse des russischen Heeres in seinem Innern gestalten, in welchen Formen sich der Verkehr zwischen Vorgesetzten und Untergebenen abwickelt, ist für uns gleichgültig.

Das russische Heer hat keinen Erfolg errungen, trotzdem es mit mindestens 20 Divisionen und an einzelnen Stellen mit fünfzacher, selbst sechsfacher Ueberlegenheit angriff. Dieser Ausgang blutiger Angriffe ist für uns nichts Angehöriges; unter dem Befehl des herrlichen Nikolai, unter der Führung des rücksichtslosen Brussilow endeten seine Angriffe letzten Endes ebenso; man kann also nicht sagen, daß das republikanische Heer sich etwas schlechter geschlagen habe als das zarische Heer. Es waren im übrigen die gleichen Truppenteile, die in den gleichen Gebieten schon früher die Hauptlast des Kampfes zu tragen hatten: Garde und sibirische Divisionen. Die erste mußte im Verlaufe des vergangenen Herbstes mindestens zweimal völlig aufgeföhrt werden. Jetzt melbet unser Heeresbericht: „Die russischen Verluste übersteigen jedes bisher bekannte Maß. Einzelne Verbände sind aufgerieben.“ Mit ihrem Blute hat die Truppe also sicherlich nicht gespart. Sie blieb sieglos infolge der Schwerefülligkeit ihrer Angriffsweise, der geringen Intelligenz des gemeinen Mannes, des stärkeren Siegeswillens unserer Leute und nicht zuletzt wegen der Ueberlegenheit unserer Unterführung durch Hauptleute, Leutnants und Unteroffiziere.

Nicht schlecht scheint die russische Artilleriewirkung zu sein, für die sie zahlreiche Batterien eingesetzt und reichlichen Schießbedarf bereitgestellt hatten. Dabei wollen wir freilich nicht vergessen, daß man in Rußland etwa ein halbes Jahr hindurch Geschosse gespart und nur ein mäßiges Feuer unterhalten hatte, ob die Truppe bei der Fortsetzung ihrer Angriffe in gleicher Weise verschwenderisch wird schießen können, wie am 30. Juni und an den vorbereitenden Tagen, wird abzuwarten sein. Für England hat Lloyd George, freilich ein Walliser und besonders leiblicher Junge, noch am selben Tage versichert, daß seine Munitionsvorräte so groß sei, daß sie für das siegreiche Ende des Krieges trotz unserer U-Boote hinreiche. Auch Cadorna hat bei seinen letzten Angriffen am Piave und auf der Hochfläche der Siebengebüden mit dem Eisenhagel seiner Geschütze noch nicht gespart. Dagegen ist die anscheinende Apathie der Franzosen an der Aisne und in der Champagne immerhin auffällig. Man könnte vielleicht auf die Vermutung kommen, daß sie mit der Notwendigkeit zusammenhängt, zunächst ein-

mal neue Geschößstapel aufzuhäufen. Indessen kann die verhältnismäßige Ruhe, die dort zurzeit herrscht, auch noch mit anderen Dingen und Plänen erklärt werden.

Daß die Russen gerade in Ostgalizien zum Angriffe vorgebrochen sind und geneigt scheinen, ihn nördlich gegen den Stochod und südlich des Dnjepr gegen Stanislaw zu erweitern, ist nicht auffällig. Ein Widerspruch gegen ihre Fortsetzung des Friedens ohne Einverleibungen und ohne Entschädigungen ist darin keineswegs zu erblicken. Vom ersten Beginn des Krieges an haben sie dort, in Richtung auf Lemberg, die Hauptentscheidung angestrebt. Dort waren aller Voraussicht nach noch vom vergangenen Jahre her und für die Kriegspläne, die noch das zaristische Rußland gefaßt hatte, ihre Hauptmassen und ihre besten Truppen versammelt, auch die offenbaren Sonderbestrebungen der Ukraine sprachen wohl dafür gerade dort einen militärischen Erfolg zu suchen. Träte er ein, er würde sie im Reime erblicken. Endlich ist es selbstverständlich, daß sie als Gegengewicht und Ausgleichspfad gegen den Verlust Polens, Kurlands und Litauens die Eroberung eines möglichst großen Stückes von Galizien anstreben. Insofern hat ihr gegenwärtiger Angriff eine Bedeutung nicht ausschließlich für ihre Bundesgenossen, sondern auch für sie selbst.

Wenn man in England und Frankreich geglaubt hat, daß dieser Angriff eine Ueberraschung für unsere Heeresleitung sein werde, so liegt darin eine jener Selbsttäuschungen, die unseren Gegnern schon so manchen Nackenschlag verursacht haben. Schon Ende Mai enthielt der deutsche Heeresbericht die Bemerkung, daß man mit russisch-rumänischen Angriffen rechne. Man überwachte also die Lage im Osten sorgfältig und war auf alles vorbereitet. Lloyd George hat in Dundee am 30. Juni gemeint, man müsse den Preußen die Tugend der Bescheidenheit mit unerbittlicher Nachgiebigkeit einhämmern. Es wäre weiser von ihm, sich selbst einen Spiegel vorzuhalten, der ihm unerbittlich die Wahrheit sagte. Das

würde uns ein gut Stück dem Frieden näherbringen und seinem Lande viel Leid ersparen, das ihm noch bevorsteht.

Die Wirkung hat der russische Angriff jedenfalls nicht gehabt, Engländern, Franzosen, Italienern die Wiederaufnahme ihrer eigenen Offensiven in großem Maßstabe schon jetzt zu ermöglichen. Die Einheit der Front und der Handlung ist auch diesmal nicht da. Man hat von einer neuen Taktik Haigs gesprochen, in der Zusammenfassung einzelner größerer Angriffe bald hier und bald dort die deutsche Front einzubeulen und schließlich zu erschüttern. So sehr neu ist diese Taktik nun gerade nicht, sie hat schon an dem Somme nicht zum Ziele geführt und ist überhaupt nur eine Verlegenheitsmaßnahme, solange unsere Gegner nicht imstande sind, die Durchbruchversuche größeren Stils zu erneuern. Rollen sie liegen, so werden sie wohl oder übel dem Beispiele des „Blutjägers“ Kiwelle folgen müssen. Es ist ein Irrtum, der durch jedwede kriegerische Erfahrung längst widerlegt ist, wenn jene glauben sollten, die deutsche Front im Westen sprengen zu können, ohne daß ihr eigenes Blut in Strömen fließt. Scheuen sie davor zurück, dann geben sie den Sieg in diesem Jahre überhaupt auf und rechnen nur noch auf die militärische Hilfe der Vereinigten Staaten — ein schwankes Seil, das über den Niagara gespannt ist.

Feldmarschall Hindenburg meint, daß sie um der Wirkungen unseres U-Boot-Krieges willen ihre Angriffe werden fortsetzen müssen, gleichgültig, ob sie aussichtslos sind oder nicht. Jede ruhige Betrachtung der Gesamtlage führt zu diesem Schlusse, den ich oft genug in diesen Betrachtungen bereits gezogen habe. Es ist wahrscheinlich, daß im Westen und in Italien, vielleicht auch in Mazedonien, wo die Griechen als neue Opfer des Viererbandes werden bluten müssen, in Palästina und in Kleinasien neue Offensiven vorbereitet werden und daß die zweite Hälfte des Jahres 1917 von ebenso großen Kämpfen erfüllt sein wird, wie es die erste war.

Die Vorkonferenzen in Stockholm.

Stockholm, 5. Juli 1917. (Eig. Drahtber.)

Im Kreise der Zimmerwälder wird der 10. August als der Tag bezeichnet, an welchem die Allgemeine Konferenz in Stockholm beginnen soll. Etwas früher soll die Konferenz der Zimmerwälder stattfinden. Leider ist mit einem so frühen Termin, an dem die Konferenz zusammentreten soll, nicht zu rechnen.

Ein am 24. Mai an das Internationale Bureau gerichtetes Telegramm der italienischen Partei, in dem diese ihre Beteiligung an der Stockholmer Konferenz anzeigte, hat das Bureau nicht erhalten. Die Depesche ist vermutlich von der italienischen Senjur zurückgehalten worden.

Das Exekutivkomitee des irischen Gewerkschafts Kongresses verlangt die Zulassung seiner Delegierten auf der Stockholmer Konferenz. Das Internationale Bureau ersuchte die englische Labour Party, den irischen Delegierten die Pässe für die Reise nach Stockholm zu besorgen.

In der heutigen Besprechung Adlers und Müllers mit den Vertretern des russischen Arbeiter- und Soldatenrats wurden die durch den Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats aufgeworfenen Fragen unter Berücksichtigung der politischen Situation in Deutschland durchgenommen und dabei auch die bisherige Tätigkeit der deutschen Partei für den Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Entschädigungen behandelt. Ueber die Verhandlungen soll der Fraktion und dem Parteivorstand ein Bericht gegeben werden, nach welchem die Entscheidung über die Teilnahme an der auf Grund des russischen Aufrufes vom 2. Juni zu berufenden allgemeinen Konferenz gefällt werden soll. In der Verhandlung wurde deutschseits die Initiative der russischen Genossen zur Friedensaktion lebhaft begrüßt. Es darf erwartet werden, daß es den Russen gelingt, entsprechend ihrer Absicht, die Konferenz noch im August zustande zu bringen. Die Verhandlungen wurden in kameradschaftlichem Geiste geführt. Die Hoffnungen auf Stockholm dürften nicht zuschanden werden.

Stockholm, 6. Juli.

Der holländisch-skandinavische Ausschuss veröffentlicht die Erklärung der belgischen Abordnung bei der Stockholmer Konferenz, bestehend aus Emil van der Velde und Louis Broekere. Das lange Aktenstück geht davon aus, daß der jetzige Krieg ein Kampf zwischen zwei politischen Grundfragen sei. Auf der einen Seite ständen alle freien Nationen, auf der andern, beinahe isoliert, die drei letzten halb feudalen, halb absolutistischen Mächte. Also sei der Krieg für die Alliierten ein Verteidigungs- und Befreiungskrieg. Man müsse zugeben, daß alle kapitalistischen Regierungen ihren Anteil an der Verantwortung für den Konflikt hätten und daß der internationale kapitalistische Imperialismus die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen hat, die eine Katastrophe ermöglichen. Unter starken Russen gegen

den deutschen Imperialismus und die Weltbeherrschung Deutschlands und seiner Verbündeten bezeichnet die Erklärung es andererseits als Pflicht der Entente-Sozialisten, den Verständigungskrieg ihrer Länder von allem zu reinigen, was noch an Nachgefühle erinnern könne. Jeder Plan einer Zerstückelung des deutschen Landes oder Österreichs-Ungarns würde es sich darum handeln, gegen den Willen der Bevölkerung wirklich deutsche Gebiete einer fremden Macht einzuverleiben oder die bestehenden Kaiserreiche zu zwingen, sich in unabhängige Reiche zu verteilen, deren Wiedervereinigung man verhindern würde — müsse in den belgischen Sozialisten unerbittliche Feinde finden. Die gleiche Stellung nehme man jeder wirtschaftlichen Liga gegen Deutschland ein, ebenso jedem Versuch gegenüber, das Land tributpflichtig zu machen und jeder Maßnahme, die darauf abzielt, es zu isolieren.

Die Russen gegen die Sonderkonferenz der Entente-Sozialisten.

Aus Stockholm drahtet Borgbjerg seinem Blatte, dem Kopenhagener „Sozialdemokraten“:

Rosjanoff schilderte die Entwicklung in Rußland als durchaus erfreulich. Es werde nicht mehr soviel diskutiert, desto mehr aber an der demokratischen Organisation des Landes auf allen Gebieten gearbeitet. Die Vorkonferenzen der Entente-Sozialisten in London sieht er als überflüssig an. Gynsmans ist hingegen der Ansicht, daß sie von Nutzen sein könne. Rosjanoff kehrt in 14 Tagen wieder nach Rußland zurück; die anderen Russen hingegen fahren nach London, Paris und Rom, um für den Frieden zu wirken.

Wie der Stockholmer „Sozialdemokraten“ in Erfahrung gebracht haben will, ist im holländisch-skandinavischen Komitee beantragt worden, die Freigabe Rosa Luxemburgs aus dem Gefängnis zu verlangen, damit sie nach Stockholm kommen könne. Die Absicht steht mit einer geplanten polnischen Delegation nach Stockholm in Verbindung. Rosa Luxemburg ist zwar in Deutschland tätig gewesen, aber sie ist Mitglied eines Zweiges der polnischen Sozialdemokratie und Vertreterin dieser Zweigorganisation im Internationalen Sozialistischen Bureau. Ohne sie dürfte es nicht möglich sein, eine vollständige polnische Delegation schaffen zu können, die aber mit Rücksicht auf die besonderen polnischen Fragen sehr notwendig erscheint.

Die Kriegslage.

MS. Berlin, 6. Juli, abends. (Amtlich.)

Zu Belgien nichts Neues. Im Ostgalizien ist die Schlacht heute neu entbrannt. Massenmärsche der Russen sind zwischen Iborow und Kijew und der Braganza unter schweren Verlusten für den Feind zusammengebrochen.

Wien, 6. Juli. (Uml.)

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Cassin-Tales wurden bereitgestellte russische Angriffstruppen durch unser Artilleriefeuer zerstreut. Im gallischen Kampf-Abchnitt hat das feindliche Artilleriefeuer gestern nachmittags und heute früh wieder zugenommen. Westlich von Somme wurde heute ein Angriff abgewiesen.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse.

Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Frankösischer Heeresbericht vom 5. Juli, nachmittags: Bientlich starke Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien in der Gegend von Moronvillers, Brunay und der Höhe 304. Von der übrigen Front nichts zu melden. Ein vom Feuer unserer Maschinengewehre getroffenes feindliches Flugzeug stürzte nordwestlich von Moronvillers ab.

Abends: Artilleriekampf nördlich der Aisne, in der Gegend von Hurtebise, vom „Denkmal“, im nördlichen Teile des Waldes von Beau-Mareis, in der Champagne, in der Gegend des Carnillet-Berges, auf dem linken Maas-Ufer und in der Gegend der Höhe 304. Auf Reims wurden 400 Granaten geworfen. Von der übrigen Front nichts zu melden.

Englischer Bericht vom 5. Juli, nachmittags: Südwestlich von Hallebeke schoben wir unsere Linie auf einer Front von 600 Yards vor. In der letzten Nacht führten wir erfolgreiche Vorstöße in der Nähe von Wicelje und Neuport aus, wobei wir mehrere Gefangene machten.

Abends: Mehr beiderseitiger Artillerietätigkeit an verschiedenen Frontpunkten ist nichts zu berichten.

Rußland.

Russischer Heeresbericht

vom 4. Juli. Westfront: In der Richtung auf Komel Artilleriekampf. In der Richtung auf Plogow erbeuteten unsere Erkundungsabteilungen in der Gegend des Dorfes Gadow elf Maschinengewehre. Ein deutsches Panzerautomobil, das in der Gegend von Wjachtj vorgedrungen war, wurde durch unsere Artillerie zerstört. Ostlich und südöstlich von Braganja herrschte Artilleriekampf um wechselnde Stärke. Unsere Offensivabteilungen unternahmen heute keinen Angriff. Wir schlugen bei dem Dorfe Menichitschew feindliche Gegenangriffe zurück. Während der Kämpfe am 1. Juli nahmen nach vorläufiger Zählung unsere Truppen 300 Offiziere und 18.000 Mann gefangen und erbeuteten 29 Geschütze und 33 Maschinengewehre.

Zusammenstoß der russischen Bourgeoisie.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Stockholm gemeldet: Die russischen Industriellen betreiben gegenwärtig mit größtem Nachdruck den Zusammenstoß gegen die sozialistischen Forderungen. Die „Handelszeitung“ verlangt eine ungewöhnliche Erklärung der Interimsregierung, daß es unmöglich sei, eine sozialistische Organisation der Volkswirtschaft einzuführen, da auch der Sozialismus Rußland nicht vor der Verarmung retten könne. Eine derartige Erklärung sei vor allem nötig, um die unbegründeten Hoffnungen zu zerstreuen, die an die Verfassungspläne Stabehelms geknüpft werden.

Ebenso wie wegen der Gefahr der Bodenenteilung neuerdings viel russischer Grundbesitz auf ausländische Namen übergeschrieben wurde, gehen neuerdings auffallend zahlreiche russische Industrieunternehmen formell in ausländischen Besitz über, um gegen die weitgehenden Forderungen mit sofortiger Schließung von Unternehmen antworten zu können. Um dieser Bewegung entgegenzuarbeiten, fordert die juristische Gesamtsanktionskommission in Moskau, daß die Interimsregierung berechtigt sein müsse, auch Ausländern gehörende Handelsunternehmen im Interesse der Angehörigen und der Bevölkerung zu requirieren. Nach dem „Naschoje Slowo“ beabsichtigen die Roslawer Fabrikbesitzer, ihre Betriebe von Mitte Juli bis Mitte September zu schließen, da ab dahin die Arbeiter an den Feldarbeiten und der Bereitstellung des Brennmaterials für den Winter teilnehmen. Die Fabriken erhalten angeblich während der Sommermonate kein Heizmaterial.

Die inneren Wirren.

Eine Anzahl von Matrosen aus Kronstadt kam im Auftrag des Kronstädter Vertreterauschusses der Arbeiter und Soldaten nach Petersburg, wo sie Zutritt zu den Zellen der verhafteten Anarchisten zu erlangen wollten, wurden aber von den Wachen abgewiesen.

Entfernung der russischen Truppen aus Finnland.

Aus Helsinki wird gemeldet, daß auf Ersuchen des Vertreterauschusses von Aleksborg die dort lagernden russischen Truppen die Stadt verlassen haben. Auch andere Städte in Finnland haben um Entfernung russischer Truppen ersucht. Der frühere Generalgouverneur Finnlands, Sanna, wurde aus der Peter-Pauls-Festung entlassen.

Gegen die Offensiv.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg, 30. Juni: „Kabatichaja Sozjet“, das Organ der Minimalisten, schreibt: Wir wollen den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes! Wir wollen den Frieden und richten diese unsere Forderung an unsere Regierung und die Regierungen der Verbündeten. Keine Offensive, sondern Waffenstillstand!

Gleichberechtigung der Juden in Finnland.

Der finnische Landtag hat jetzt in dritter Lesung den Gesetzentwurf angenommen, nachdem in Finnland wesentliche Veränderungen hinsichtlich der Herkunft die Stellung vor den Gerichten des Landes eingeräumt erhalten sollen, wie die entsprechende Bevölkerung.

Die russische Flotte

protestiert nach der Meldung eines russischen Bootes gegen die Entsendung russischer Kräfte nach Frankreich oder Saloniki, da Frankreich das Friedensprogramm des Arbeiter- und Soldatenrats noch nicht angenommen habe.

Das amerikanische Kapital in England an der Arbeit.

Der Petersburger Korrespondent der „Associated Press“ telegraphiert: daß eine vom Handelsministerium angelegte Kommission erwägt, einen großen Teil der russischen und britischen Bergwerke und Mineralager dem amerikanischen Kapital zur Ausbeutung zu überlassen. Die Sektoralien soll einer amerikanischen Finanzgruppe zur Ausbeutung der Bergwerke und Mineralager übertragen werden. Verdächtig ist, daß Amerika sich verpflichtet, möglichst viele russische Arbeiter und Ingenieure einzustellen.

Der Seetrieg.

14 schwedische Dampfer

sind auf Grund des deutschen Freigeleits von Emden abgefahren und angehindert in Gotenburg gelandet.

Die Kämpfe im Orient.

Türkische Fortschritte an der persischen Grenze.

Umlischer türkischer Bericht: An der persischen Grenze und nordöstlich von Suleimanie zwangen unsere vorgehenden Bataillone fünf russische Kavallerieregimenter zum schnellen Rückzug. Serbesti an der persischen Grenze wurde von unseren Truppen besetzt. An der Kaukasusfront außer dem beiderseitigen schwachen Infanterie- und Artilleriefeuer keine wichtige Kampfaktivität.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Bedeutliche Anzeichen.

Aus Christiania wird gemeldet: Von den Norwegern, die deutsche Konsulatsposten in norwegischen Städten besetzen, haben diejenigen in Arendal, Drammen, Kjøer und Skien dringlich um Entbindung von diesen Posten ersucht. Wie es heißt, würden andere Norweger diesen Beispielen folgen. Bei der Stimmung, die jetzt durchweg in Norwegen gegen Deutschland herrscht, dürfte es die höchste Zeit sein, daß das Deutsche Reich nur Deutsche als Konsuln in Norwegen einsetzt.

Ein neuer Druck auf die Neutralen?

Der amerikanische Korrespondent der „Times“ meldet: Die Regierung beschäftigt sich ständig mit der Frage des Exports nach den neutralen Ländern, die Handelsbeziehungen mit den Zentralmächten unterhalten. Man will jetzt Maßnahmen ins Werk setzen, die die Vervollständigung der effektiven Blockade gegen Deutschland darstellten sollen. In Washington ist man der Ansicht, daß die Neutralen sich jetzt entscheiden müssen, ob sie in Zukunft mit den Alliierten oder mit den Zentralmächten in Handelsbeziehungen bleiben wollen. Mit beiden Parteien Geschäfte zu führen, sei nunmehr unmöglich. Wilson wird binnen kurzem eine ganz bestimmte Erklärung veröffentlichen lassen, welche Exportwaren nach den neutralen Ländern der Beschränkung unterliegen sollen. Man glaubt, daß Amerika den Neutralen in Europa ein Ultimatum stellen wird, daß sie, so lange sie Handelsbeziehungen mit Deutschland unterhalten, aus Amerika überhaupt keine Waren mehr erhalten sollen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Große politische Debatten im Hauptauschuß.

die am Freitag selber noch nicht zum Abschluß gelangt sind und vertraulicher Natur waren, bewirkten nicht nur den Ausfall der Sonnabendigung für das Plenum des Reichstages, sondern legten auch das Interesse an der Debatte über die Änderung des Reichstagswahlrechtes herab, das sie sonst gefunden hätte. Bekanntlich ist aus den Arbeiten des Verfassungsausschusses ein kleiner positiver Gewinn zunächst hervorgegangen: für die Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, eine Vermehrung der Mandate unter Einführung der Verhältniswahl vorzunehmen. Dieser Beschluß des Verfassungsausschusses wurde gestern von der Regierung durch Herrn Helfferich angenommen. Es soll dem Reichstag je zeitig eine Vorlage unterbreitet werden, daß die nächste Wahl bereits den großen Wahlkreisen mehr Vertreter bringt. Für unsere Fraktion bezeichnete Herr Dr. Gradwauer das Erreichte mit Recht als sehr geringfügig; er sah es nur als ein Provisorium an, auf dem Wege zu einer gründlichen Umwandlung des Reichstagswahlrechtes, wie wir es fordern, und zu der Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre und der Verleihung des Wahlrechts an die Frauen. Für das Frauenwahlrecht führte unser Redner eine Reihe guter und durchschlagender Gründe ins Treffen. Die Debatte ergab die Abreihung der bürgerlichen Parteien mit den Vorschlägen des Verfassungsausschusses. Selbst die Konservativen waren bereit, dafür zu stimmen, wenn die ihnen zuzugewandte Verhältniswahl aus dem Beschluß gestrichen werden wäre. Das tat man nicht und so wurde der Antrag des Verfassungsausschusses ohne sie angenommen, nachdem vorher unser Antrag abgelehnt war. Gleichfalls angenommen wurde die Vorlage auf Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages um ein weiteres Jahr und eine weitere Vorlage, die dasselbe für den elfjähr-lährigen Landtag verlangt. Ein sehr heftiger Zusammenstoß zwischen den früheren Freunden, dem Mitglied unserer Fraktion Emmel und dem Abg. Ledebauer, bei dem Emmel offensichtlich die Oberhand behielt, bildete den heftigsten Abschluß der Sitzung, die mit der Erledigung einer langen Reihe kleiner Anträge begangen hat.

Für Erhöhung der Arbeiterrente.

Abgeordneter Gen. Ebert hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: „Ob dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die auf Grund der Reichsversicherungsordnung gewährten Invaliden- und Unfallrenten, die für normale Lebensverhältnisse schon sehr gering bemessen sind, heute nicht mehr ausreichen, um die Invaliden der Arbeit vor der äußersten Notlage zu schützen? Was denkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieser Notlage der Arbeitsinvaliden behilflich abzuhelfen?“

Zentralbürokratie und Nachtbarverbot.

Der Hilfsdienstausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit einer Eingabe des Verbandes der Bäcker und einer Reihe anderer Verbände, die sich im Zusammenhang mit

der Absicht, die Bäckereibetriebe zusammenzulegen, gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit wendet. Ein Vertreter des Kriegsams erklärte, daß die Wiedereinführung der Nachtarbeit nicht beabsichtigt sei. Die Entscheidung über Zusammenlegungen bleibe den Städten überlassen. Die Eingabe wurde dem Kriegsamt zur Berücksichtigung überwiesen.

China.

Die Wirren. Die „Morningpost“ meldet aus Tientsin vom 5. Juli: Die Mandchu-Regierung wird wahrscheinlich bald wieder beseitigt. Man erwartet, daß Tuan Tschijui gegen Mitternacht 20.000 Mann zwischen Peking und Tientsin zusammengezogen haben wird. Längs der Hankau-Bahn rücken starke Streitkräfte von Süden vor. Im ganzen marschieren 50.000 Mann aus verschiedenen Richtungen auf Peking zu, wo Tschang Hsun nur über 2000 Mann verfügt. Tuan Tschijui richtete eine Ultimatum an die Truppen Tschang Huns, worin er ihnen eine milde Behandlung zusagt, wenn sie die Waffen niederlegen. Gerüchteleise verlautet, daß der Rest der Truppen des Generals Tschang Hsun in Hautschu ihr bereits im Stiche ließ. 15 Provinzen stehen auf der Seite des neuen Ministerpräsidenten, der das Amt als Oberbefehlshaber der Strafexpedition antrat.

Reuter meldet aus Peking vom 5. Juli: Der Kampf in Langfang, das an der Peking-Tientsin-Strecke in der Mitte zwischen beiden Städten liegt, begann. Schanghai und die Eisenbahnlinie Peking-Tientsin wurde heute früh bei Langfang von Truppen Tschang Huns aufgerissen und die Verbindung unter Mitwirkung ausländischer Offiziere wieder hergestellt. Tuan Tschijui steht jetzt in Maichang, an der Eisenbahnlinie Tientsin-Pukau, 40 Meilen südlich Tientsin. Er befehligt die achte Division und trifft Vorbereitungen zum Vormarsch auf Peking. Die der Republik günstig gesinnten Provinzen sind, wie berichtet wird, ermunterlich. Tschang Hsun ist so gut wie isoliert. Selbst seine früheren Verbündeten sind jetzt gegen ihn.

Der „Daily Mail“ wird gemeldet: Tschang Hsun, der jetzt einsehe, daß die Wiedereinführung der Mandchu-Dynastie ein verhängnisvoller Irrtum gewesen ist, drohe, Peking zu verwüsten, den Kaiserpalast in Brand zu stecken und den Kaiser nach der Mongolei zu vertrieben.

In London ist die telegraphische Nachricht von der Errichtung der vorläufigen Regierung in Nanking eingetroffen.

Die allgemeine politische Ansprache

im Hauptauschuß des Reichstages.

Abg. Gothein (Sp.) ging auf die Verhältnisse in Polen ein; dann behandelte er eingehend die Ernährungsverhältnisse, wobei er wünschte, daß die Militärverwaltung bei der Ausübung der jetzt eingesetzten jungen Leute auf die schlechten Ernährungsverhältnisse Rücksicht nehme. Die Anforderungen an die jungen Leute dürften nicht zu hochgeschraubt werden. Bei Festlegung der Höchstpreise für landwirtschaftliche Produkte sei nicht genügend Rücksicht auf die Mitterungsverhältnisse genommen worden. Zu der Lebensmittelbeschaffung müßten unbedingt Großhändler herangezogen werden. Für die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen müßte man die jetzige Zeit ausnützen; später würden sich die Transporte sehr schwierig gestalten. Die unsinnigen Friedensforderungen der Mildeutschen würden schweren Schaden verursachen. Daran, den Krieg möglichst bald zu beenden, hätten alle Völker Europas ein großes Interesse. Auch die Regierung müßte auf die Stimmung der Bevölkerung Rücksicht nehmen und die Beschränkungen des Belagerungszustandes endlich aufheben, dafür die Arbeiten des Verfassungsausschusses viel mehr fördern, als es bisher geschehen sei. Es habe einen bösen Eindruck gemacht, daß gerade von Regierungsvertretern die Arbeiten des Verfassungsausschusses die größten Schwierigkeiten bereitet worden sind. Bei Durchführung des Hilfsdienstgesetzes zeige die Regierung nicht immer das nötige Entgegenkommen. So sei jetzt im Bundesrat beschlossen worden, eine Verfügung zu erlassen, nach der in den Arbeiterauschüssen die Unternehmer den Vorsitz haben sollen. Die Konservativen hätten stets, wie ihnen schon Bismarck inbegriffen habe, wenn es galt, Keilrasen mit unerträglichen Zuständen zu machen, nicht die Hand am Weizen gehabt. Über den Widerstand der Konservativen aber werde die Geschichte hinweggeschritten. Das preussische Wahlrecht müsse auf die eine oder andere Weise geändert werden. In bezug auf unsere Stellung zu dem Frieden müßten wir unbedingt bei dem Kriegsziel beharren, das am 4. August 1914 vom Reichskanzler aufgestellt wurde, und das wir niemals aufgeben haben, nämlich einen Frieden, der nur der Verteidigung des eigenen Landes, aber nicht der Vergewaltigung anderer Völker diene. — Nach einigen Bemerkungen der Regierungsvertreter sprach Abg. Hoch (Soz.). Er wandte sich gegen die Ausführungen des Staatssekretärs des Innern und des Abg. Dr. Roedel: Die Zustände im Innern seien derartig traurig, daß auf sie die allergrößte Rücksicht genommen werden müsse. Worte, Versprechungen und Verträge genügen in keiner Weise. Wenn auch die Herren in der Reichsleitung den besten Willen haben, so seien sie doch zu schwach gewesen, um das durchzusetzen, was das Volk mit Recht verlange. Regierung und Parteien müßten durch Taten zeigen, daß sie mit Erfolg bestrebt sind, die schlimmsten Mißstände zu beseitigen. Redner ging dann auf die Arbeiten des Verfassungsausschusses ein. Auch hier sei so gut wie nichts herausgekommen. Die Hoffnungen, die auf so vielen Seiten gehegt wurden, als würde endlich bei uns in Deutschland mit den nötigsten demokratischen Verbesserungen ein Anfang gemacht, sind wieder mal zusanden geworden. Nichts als ungenügende und dabei noch unverbindliche Versprechungen haben bis jetzt stattgefunden. Dies müsse eine große Enttäuschung und Erbitterung in der Bevölkerung hervorrufen. Für den Frieden sei es unerlässlich, daß die Regierung die von den Sozialdemokraten gewünschte Erklärung abgibt, und sich ohne jede Einschränkung in voller Deutlichkeit im Reichstage mit der Forderung der russischen Regierung einverstanden erklärt, also mit einem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen. — Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Zimmermann führt die Gründe an, weshalb ihm eine derartige Erklärung ungeeignet erscheine. — Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich betonte, daß die Reichsleitung niemals erlähmt sei in dem Bestreben, die Mißstände so zu mildern, wie es nur irgend gehe. Er sei überzeugt, daß von der großen Volksmehrheit diese Bemühungen anerkannt würden.

Im Hauptauschuß des Reichstages

führte n. B. a. t. o. i. zur Ernährungsfrage aus: Er anerkennt den vollen Ernst, der augenblicklich in bezug auf die Ernährung gehoben sei. Aus der jetzigen Lage ergebe sich eine große Verantwortung für ihn und seine Mitarbeiter. Juni und Juli seien auch im Vorjahren die schlimmsten Monate gewesen. Die Tiere in einem Teile von Deutschland habe Mangel an Obst- und Gemüseernte die Lage verschärft. Gerade bei diesen Jahren verberbschlichen Waren sei eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung durch behördliche Maßnahmen besonders schwer

Der amtliche Kriegsbericht.

Russische Niederlagen.

Verlustreiche Angriffe der Franzosen.

318. Großes Hauptquartier, 7. Juli. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Gute Beobachtungsmöglichkeit steigerte gestern den Artillerie-
kampf in einigen Abschnitten der flandrischen und Artois-
front zu erheblicher Stärke.

Front Deutscher Kronprinz
Durchweg lebhaftes Feuer verdichtete sich besonders bei
Cerny, am Misse-Marne-Kanal und in der west-
lichen Champagne.

Nach schlagartig einsetzender Artilleriewirkung griffen die
Franzosen mit starken Kräften vom Cornillet- bis zum Hoch-
berg an.

Südöstlich von Nauroy wurde der Angriff durch Feuer und
im Nahkampf von Gasketruppen abgewiesen. Am Hochberg
wurde der Gegner, der in Teile des nördlichen Grabens eingedrungen
war, durch kraftvollen Gegenstoß eines hannoverschen Regiments
vertrieben. Hier trafen die Franzosen erneut vor und
brachen nochmals ein. Wiederum wurden sie durch Gegenangriffe
und in erbitterten Kämpfen Mann gegen Mann völlig zurückge-
worfen.

Erkundungsvorstöße am Brimant und bei Cernay-eno
Dormois brachten uns eine große Zahl von Gefangenen ein.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht
von Württemberg.

Bei vielfach auflebendem Feuer keine größeren Gesichts-
handlungen.
Bei Tage und bei Nacht war die Flugtätigkeit sehr
reg. Acht feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon wurden ab-
geschossen.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresfront des Prinzen Leopold von Bayern.

Heeresgruppe des Generalobersten von Boehm-Ermolli.
Die Schlacht in Ostgalizien hat gestern zu einer außer
blutigen Niederlage der Russen geführt. Nach meh-
rständigem hartem Zerstörerfeuer setzte am frühen morgen der
russische Angriff zwischen Konjuchy und Sawokowce ein.
Mit immer neuen ins Feuer geworfenen, tiefgegliederten Kräften
stürmten die russischen Divisionen gegen unsere Front. Bis zum
Mittag wiederholte der Feind seine Angriffe. Sie sind sämt-
lich unter den schwersten Verlusten zusammenge-
brochen.

Auch die Verwendung von Panzerkraftwagen blieben für die
Russen nutzlos. Sie wurden zerstört. Gegen die zurückstufen-
den Massen griffen unsere Jagdmaschinen aus der Luft ein. Bereit-
gestellte Kavallerie wurde durch Fernfeuer zerstört.

Später griff der Feind, in keine Opfer schenkendem Sturm wei-
ter nördlich der Bahn Joczow-Larnopol und zwischen
Salkow-Zwyzny an. Auch hier kam er nicht vorwärts und
wurde überall geworfen.

Bei Brzezany-Stanislaw, sowie an einigen Stellen
im Karpathenvorlande sind gleichfalls starke russische
Angriffe verlustreich gescheitert. Erbitterte Befehle in französis-
cher Sprache zeigen, von wem das russische Heer zum Angriff ge-
trieben wurde, der ihm keinerlei Erfolg gebracht, ihm dagegen
blutige Opfer gekostet hat.

Rheinische, baltische, thüringische, sächsische und österreichisch-
ungarische Truppen teilen sich in die Ehre des Schlachttages.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef
In den Karpathen vielfach rege Gesichtstätigkeit. An
mehreren Stellen wurden Vorstöße der Russen abgewiesen.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Ma-
tenzen und an der mazedonischen Front ist die Lage
unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Höchstpreise festgesetzt sind, ist der Verkauf von Gänsen oder von
Gänsefleisch in Teilen sowie die gewerbsmäßige Herstellung und
der gewerbsmäßige Verkauf von daraus hergestellten Erzeug-
nissen unzulässig. Die entgeltliche Abgabe von geschlachteten
Gänsen durch den Jäger oder Mäster ist vom 25. November 1917
ab bis auf weiteres verboten.

Aus dem Gerichtssaal. Zwei Arbeiter und ein Schächter ha-
ben im Betriebe der Firma Paul Lohmann, wo sie beschäftigt
waren, wiederholt Fleisch gestohlen. Zwei von ihnen wurden
deshalb gestern von der Strafkammer zu 9 Monaten, der dritte
zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Frau wurde
in die Sache verwickelt und erhielt wegen Hehlerei 9 Monate
Gefängnis. — Von der Anklage der fahrlässigen Tötung
wurde der Straßenbahnfahrer St. freigesprochen. Am
Abend des 7. Mai wurde in Schlupf auf dem Marktplatz die
elfjährige Emma Lorenz, die sich zum Vergnügen auf das Trit-
brett des Motorwagens gestellt hatte und sich mit herumfahren
ließ, von dem Anhängewagen überfahren und getötet. Dem An-
geklagten wird zur Last gelegt, daß er die Verriegelung gelockert
und geschüttelt haben soll und so die Ursache des Unfalls gewesen
sei. St. bestritt, das Kind angefaßt zu haben. Nach dem Antrage des Staatsanwalts erfolgte schließlich der Frei-
spruch.

Die Mitliederung der Kriegs-Broschensammlung hat einen
sehr erfreulichen Erfolg gehabt. Da es während der kurz bemessen-
en Sammelzeit nicht möglich war, alle Haushaltungen zu be-
suchen, mußte die Kriegs-Broschensammlung darauf aufmerksam, daß
in ihrer Sammelstelle in den Salzspeichern am Hofentor werk-
täglich von 9 bis 1 Uhr und von 8 bis 5 Uhr Mitliederungen ent-
gegengenommen werden. Für ein Pfund Leder werden 15 Güt-
scheine ausgehändigt, die gegen Lebensmittel, Spielzeug und
anderes einzulösen sind. Dringend nötig sind Handschuhe aller
Art für unsere Munitionsarbeiterinnen. In jedem Haushalt wer-
den sich überflüssige leicht beschaffbare Handschuhe befinden. Jeder
sollte daran denken, daß er durch die Ablieferung dieser Hand-
schuhe den schwer arbeitenden Frauen Erleichterung verschaffen
kann.

Altes Schachwert wird nunmehr im Einverständnis mit dem
Volizeiamt aus der Sammelstelle der Kriegs-Broschensamm-
lung, Salzspeicher, Hofentor, entgegengenommen. Das Schach-
wert ist für Zwecke der Reichsbekleidungsstelle bestimmt und zur
Versorgung der Bevölkerung dringend nötig.

Im Hansa-Theater erzielte gestern Abend Stavenhagens
Niederdeutsch Drama „Mutter des Meeres“, das echte bühnen-
werte in sich birgt, einen nachhaltigen Eindruck und hübschen
Erfolg. Frau Krilling in der Titelrolle und Herr Macd
als Wilhelm Wewes schufen scharf charakterisierte, dem Leben ent-
nommene Gestalten. Auch die übrigen Mitwirkenden wurden
ihren Aufgaben durchweg gerecht. Der Besuch dieser Auffüh-
rungen kann angelegentlich empfohlen werden. „Mutter des Meeres“

gelänge am Sonntag, abends 8 Uhr, zum dritten Male zur Auf-
führung. Nachmittags halb 4 Uhr wird zum letzten Male „Wil-
helm Wewes“ als Familienaufführung gegeben. Am Montag soll
das „Denkmal“ zum Ergehen der hoffentlich zahlreichen
Besucher wieder einmal aufgeführt werden.

Stadttheater-Sommertheater. Das seltene Ereignis einer
Uraufführung bereitet die Leitung mit Jani Fialas Schwand
„Der Redaktionsengel“ für Donnerstag, den 12. Juli,
vor. Der pseudonyme Verfasser bringt in seinem fröhlichen
Schauspiel launige Internas einer Redaktion. Die Titelrolle spielt
eine junge Lübecker Künstlerin, Fräulein Eva Cron als Gast, die zur
Zeit am Deutschen Theater in Hannover moderne Frauenrollen
darstellt. Die für Mittwoch angekündigte Vorstellung mußte technis-
cher Schwierigkeiten halber auf Donnerstag verlegt werden. Das
regere Interesse an der Vorstellung äußert sich in der außerordent-
lich lebhaften Kartennachfrage. Die für Mittwoch bereits vorbe-
stellten Plätze gelten für Donnerstag. In weiblichen Hauptrollen
wirken ferner die Damen Drebe und Erler, sowie die Herren
Schweigschütz, Baumgarten, Schardt und Deutschländer. Die
Inszenierung liegt erstmalig in den Händen des neu verpflich-
teten Spielleiters Steinmann.

Kölnitätigkeitssoufferte der 1. Regimentskapelle unserer
162er und des hiesigen Kammermusikbundes zum Besten der
Hinterbliebenen des Regiments. In der Zeit vom 17. Juli
bis 2. August veranstaltet die Kapelle Einzelkonzerte, die dem-
nächst bekannt gegeben werden.

Hamburg. Dem Hamburger Präsenzericht lagen
am 6. Juli sieben Fälle zur Verhandlung vor, die sich auf folgende
Schiffe erstreckten: die holländischen Dampfer „Batavier VI“,
„Ankerpen“, „Zeearend“ und „Zinnport“, die norwegischen Dampfer
„Sten“, „Dido“ und „Stemshelt“, sowie den dänischen Dampfer
„Jeanne“. Bei „Batavier VI“, der im vorigen Jahre nach
Zeebrügge eingezogen wurde, nachdem die Ladung
teilweise eingezogen worden war, handelte es sich nur noch um
die Geleidiung von zwei Reklamationen, die sich auf eine Kiste
Kleiderstoff und eine Kiste elektrischer Lampen bezogen. Das
Gericht sprach die Einziehung der Waren aus. Im Falle des
am 27. Oktober 1916 vertriebenen Norwegers „Stemshelt“, der
sich mit Stükgütern auf der Reise von Gothenburg nach Hull be-
fand, wurde Schadenersatz für vernichtete Brot- und Speisehelfer-
maschinen und dazu gehörige Ersatzteile, Fleischhahnen und
Butterfässer verlangt. Auch hier konnte den Anforderungen der
Reklamanten nicht entsprochen werden. Die Zerstörung von Schiff
und Ladung ist zu Recht vorgenommen worden. Ueber 4 1/2 Millio-
nen Gulden Schadenersatz verlangte die Reederei für den mit
10 322 Tons Petroleum verladenen holländischen Landdampfer
„Ankerpen“, der von Newport nach London fuhr, als er am
12. September 1916 von einem deutschen Unterseeboot in die Tiefe
geschickt wurde. Das Gericht billigte die Zerstörung des Schiffes
und seiner flüssigen Ladung und wies die Forderung ab. Ebenso
erging es dem Eigentümer des am 19. Oktober 1916 auf der Reise
nach Westharlepool mit 300 Tons Eisenabfällen verladenen nor-
wegischen Dampfers „Dido“, auch er ist mit seinen Er-
satzansprüchen nicht durchgedrungen. Die Angelegenheit des dänischen
Dampfers „Jeanne“ hat das Hamburger Präsenzericht schon in
einem früheren Termin beschäftigt. Dieses Schiff, mit Sparto-
gras und acht Barrels Mineralwasser von Oran nach England
bestimmt, wurde am 5. September 1916 durch Torpedoschiff zer-
stört. Die Forderung des Beters auf Zahlung einer Entschädig-
ung von 1 405 244 Kronen wurde vom Präsenzericht abgewiesen.
Für den von Rotterdam nach London bestimmten holländischen
Dampfer „Zinnport“, der mit seiner Stükgutfracht nach Zeebrügge
aufgebracht worden ist, lagen nicht weniger als 45 Reklamationen
vor, deren Behandlung mehrere Stunden in Anspruch genommen
hat. Die Urteilsverurteilung in dieser Sache mußte auf den
27. Juli verschoben werden. Der holländische Dampfer „Zee-
arend“, mit Stükgut nach London abgefertigt, ist am 1. Sep-
tember 1916 vertrieben worden. Alle Reklamationen, bis auf eine,
wurden vom Gericht abgewiesen. Eine Firma, die auf dem am
17. Oktober 1916 zerstörten norwegischen Dampfer „Sten“ 63
Tons Sulfitecellulose verladen hatte, beanspruchte 43 230 Kronen
Bergütung. Diese Forderung wurde vom Gericht nicht anerkannt.
Auch die Vernichtung des Dampfers wurde vom Gericht nicht be-
anstaltet. Der Reederei des norwegischen Dampfers „Hau-
lon VII“ wurde für vernichtete Ladungsstücke eine Entschädigung
von 7980 Kronen nebst 4 Prozent Zinsen vom 24. Januar 1916 ab
bewilligt. Alle anderen Ansprüche wurden abgewiesen.

Kiel. Nach ein Moorbrand. Bei der andauernden
Drochtheit ist jetzt auch das im Norden der Stadt gelegene
Steinbeker Moor in Brand geraten.

Gefährliche. Zwei junge Mädchen ertranken
die 14jährige Tochter des Schriftleiters Wulf und die im gleichen
Alter stehende Tochter der Frau Freiwald, deren Mann in Eng-
land kriegsgefangen ist, gerieten beim Baden in eine tiefe Stelle
und ertranken, ohne daß der Vorfall bemerkt wurde. Die Leichen
wurden in der Nähe des Süderdeums gefunden.

Walchia. Ein riesiger Waldbrand entstand in dem
zum Großh. Haushaltsort Gölitz gehörigen, nördlich von Jette-
schendorf gelegenen Teil des Kälenschen Holzses an der Walchia-
Neulaken Bahnhofs. Bei heftigem Sturm und der großen
Dürre nahm das Feuer in kurzer Zeit eine gewaltige Ausdehnung
an, so daß bald der ganze zwischen Jettechendorf und Gölitz-
dorf liegende Waldbestand in Rauch und Flammen eingehüllt
war, die sich dann ihren Weg ins Innere des Forstes bahnten.
Mit allen verfügbaren Kräften wurde sofort die Bekämpfung des
entsetzten Elements in Angriff genommen. Als Ursache des
Feuers wird Funkenflug aus einer Lokomotive angenommen.

Kiel. Nach ein Moorbrand. Bei der andauernden
Drochtheit ist jetzt auch das im Norden der Stadt gelegene
Steinbeker Moor in Brand geraten.

Gefährliche. Zwei junge Mädchen ertranken
die 14jährige Tochter des Schriftleiters Wulf und die im gleichen
Alter stehende Tochter der Frau Freiwald, deren Mann in Eng-
land kriegsgefangen ist, gerieten beim Baden in eine tiefe Stelle
und ertranken, ohne daß der Vorfall bemerkt wurde. Die Leichen
wurden in der Nähe des Süderdeums gefunden.

Walchia. Ein riesiger Waldbrand entstand in dem
zum Großh. Haushaltsort Gölitz gehörigen, nördlich von Jette-
schendorf gelegenen Teil des Kälenschen Holzses an der Walchia-
Neulaken Bahnhofs. Bei heftigem Sturm und der großen
Dürre nahm das Feuer in kurzer Zeit eine gewaltige Ausdehnung
an, so daß bald der ganze zwischen Jettechendorf und Gölitz-
dorf liegende Waldbestand in Rauch und Flammen eingehüllt
war, die sich dann ihren Weg ins Innere des Forstes bahnten.
Mit allen verfügbaren Kräften wurde sofort die Bekämpfung des
entsetzten Elements in Angriff genommen. Als Ursache des
Feuers wird Funkenflug aus einer Lokomotive angenommen.

Kiel. Nach ein Moorbrand. Bei der andauernden
Drochtheit ist jetzt auch das im Norden der Stadt gelegene
Steinbeker Moor in Brand geraten.

Gefährliche. Zwei junge Mädchen ertranken
die 14jährige Tochter des Schriftleiters Wulf und die im gleichen
Alter stehende Tochter der Frau Freiwald, deren Mann in Eng-
land kriegsgefangen ist, gerieten beim Baden in eine tiefe Stelle
und ertranken, ohne daß der Vorfall bemerkt wurde. Die Leichen
wurden in der Nähe des Süderdeums gefunden.

Walchia. Ein riesiger Waldbrand entstand in dem
zum Großh. Haushaltsort Gölitz gehörigen, nördlich von Jette-
schendorf gelegenen Teil des Kälenschen Holzses an der Walchia-
Neulaken Bahnhofs. Bei heftigem Sturm und der großen
Dürre nahm das Feuer in kurzer Zeit eine gewaltige Ausdehnung
an, so daß bald der ganze zwischen Jettechendorf und Gölitz-
dorf liegende Waldbestand in Rauch und Flammen eingehüllt
war, die sich dann ihren Weg ins Innere des Forstes bahnten.
Mit allen verfügbaren Kräften wurde sofort die Bekämpfung des
entsetzten Elements in Angriff genommen. Als Ursache des
Feuers wird Funkenflug aus einer Lokomotive angenommen.

Kiel. Nach ein Moorbrand. Bei der andauernden
Drochtheit ist jetzt auch das im Norden der Stadt gelegene
Steinbeker Moor in Brand geraten.

Gefährliche. Zwei junge Mädchen ertranken
die 14jährige Tochter des Schriftleiters Wulf und die im gleichen
Alter stehende Tochter der Frau Freiwald, deren Mann in Eng-
land kriegsgefangen ist, gerieten beim Baden in eine tiefe Stelle
und ertranken, ohne daß der Vorfall bemerkt wurde. Die Leichen
wurden in der Nähe des Süderdeums gefunden.

Walchia. Ein riesiger Waldbrand entstand in dem
zum Großh. Haushaltsort Gölitz gehörigen, nördlich von Jette-
schendorf gelegenen Teil des Kälenschen Holzses an der Walchia-
Neulaken Bahnhofs. Bei heftigem Sturm und der großen
Dürre nahm das Feuer in kurzer Zeit eine gewaltige Ausdehnung
an, so daß bald der ganze zwischen Jettechendorf und Gölitz-
dorf liegende Waldbestand in Rauch und Flammen eingehüllt
war, die sich dann ihren Weg ins Innere des Forstes bahnten.
Mit allen verfügbaren Kräften wurde sofort die Bekämpfung des
entsetzten Elements in Angriff genommen. Als Ursache des
Feuers wird Funkenflug aus einer Lokomotive angenommen.

Kiel. Nach ein Moorbrand. Bei der andauernden
Drochtheit ist jetzt auch das im Norden der Stadt gelegene
Steinbeker Moor in Brand geraten.

Gefährliche. Zwei junge Mädchen ertranken
die 14jährige Tochter des Schriftleiters Wulf und die im gleichen
Alter stehende Tochter der Frau Freiwald, deren Mann in Eng-
land kriegsgefangen ist, gerieten beim Baden in eine tiefe Stelle
und ertranken, ohne daß der Vorfall bemerkt wurde. Die Leichen
wurden in der Nähe des Süderdeums gefunden.

Walchia. Ein riesiger Waldbrand entstand in dem
zum Großh. Haushaltsort Gölitz gehörigen, nördlich von Jette-
schendorf gelegenen Teil des Kälenschen Holzses an der Walchia-
Neulaken Bahnhofs. Bei heftigem Sturm und der großen
Dürre nahm das Feuer in kurzer Zeit eine gewaltige Ausdehnung
an, so daß bald der ganze zwischen Jettechendorf und Gölitz-
dorf liegende Waldbestand in Rauch und Flammen eingehüllt
war, die sich dann ihren Weg ins Innere des Forstes bahnten.
Mit allen verfügbaren Kräften wurde sofort die Bekämpfung des
entsetzten Elements in Angriff genommen. Als Ursache des
Feuers wird Funkenflug aus einer Lokomotive angenommen.

Kiel. Nach ein Moorbrand. Bei der andauernden
Drochtheit ist jetzt auch das im Norden der Stadt gelegene
Steinbeker Moor in Brand geraten.

durchzuführen. Die Gefahr, daß die verdingerte Brot-
menge nicht durchgehalten werden könne, habe in der
Zeit weithin bekannt; jetzt aber sei sie beseitigt.
Von Anfang oder Mitte August ab werde sogar mehr
Brot gegeben, aber gleichzeitig die Fleischzulage
erwünscht werden, um unsere Milchvieh zu erhalten. Bestimmte
Verordnungen über die neue Ernte heute unmöglich. Schwarz-
brot sei heute ebensowenig angebracht wie Schokolade. Der
Mehl sei trotz angedrohter Schwierigkeiten fast reiflos bestellt.
Die Ausichten für Brotgetreide seien in der Mehrzahl der Be-
zirke gut oder befriedigend. Der schlechte Stand auf dem ganz
leichten Sandboden in der Umgebung von Berlin dürfe nicht ver-
allgemeinert werden; Der Kartoffelstand sei fast überall
gut. Man kann hoffen, daß die Kartoffelernte, welche die wichtigste
Grundlage der Ernährung ist, wesentlich besser sein wird als im
letzten Jahre. Der Bestand an Rindvieh und Schafen sei trotz der
harten Schlächlungen und der Bestand der Schweine im Verhältnis
zu den Futtermitteln eher zu hoch als zu niedrig. Im Herbst
müsse die Schweinefrage nach der Vorjahrsmission der Reichstagskom-
mission, die Deutschland bereist habe, mit Nachdruck und erforder-
lichenfalls mit Nachsicht gelöst werden. Geschiehe das, so
könne man der Versorgung im neuen Erntehaare mit vollem Ver-
trauen entgegensehen.

Auf eine Einwendung des Zentrumsabgeordneten Dr. Pfleger
versprach v. Batocki, daß im kommenden Jahre nur gute Marmelade
auf den Markt kommen solle. Bei derjenigen Marmelade, die
den Anprüchen nicht voll genügt, handelt es sich um Verunreini-
gungen, die leider gescheitert seien; bezw. Mangel an Birnen und
wieder vor. Was irgendwie geschehen könne, auch Obst zu ange-
messenen Preisen abzugeben, solle geschehen; jedoch könne man die
Preise dort, wo eine gute Zufuhr ist, wie in Bayern, nicht ver-
gleichen mit einem Bezirk wie Berlin, wo nicht soviel eingetragene
gebraucht wird. Er erkenne an, daß die süddeutschen Staaten, die
eine gute Obst- und Gemüseernte haben, die Zufuhr freigegeben
haben; aber selbstverständlich nur für solche Mengen, die nicht für
die eigene Bevölkerung benötigt werden. Daher sei es ganz selbst-
verständlich, daß in diesen Bezirken die Verhältnisse viel günstiger
liegen, als in den nördlichen Bezirken. Gegen das Bedenken
des Herrn Dr. Pfleger müsse er aber ausdrücklich betonen, daß wir
in der Tat im Vergleich zu den vorhandenen Futtermitteln zu viel
Schweine haben und daß unter allen Umständen ein richtiges Ver-
hältnis zwischen den Futtermitteln und dem Viehstand hergestellt
werden müsse, um zu verhindern, daß nicht solche Nahrungsmittel,
die zur menschlichen Ernährung geeignet sind, in unverantwort-
licher Weise verunreinigt werden.

Hierauf trat der Ausschuss in die Beratung der politi-
schen Fragen ein. Dabei handelte es sich wesentlich darum,
die Schlussschlagerungen aus den bisher gemachten Ausführun-
gen zu ziehen. Im Laufe dieser Beratungen, die vertraulich
waren, kam der Ausschuss dazu, die Verhandlungen ab-
zubrechen und dem Reichstag vorzuschlagen, am Sonnabend
keine Plenarsitzung, dafür aber Ausschusssitzung abzuhalten.

Aus Silber und den Hamburggebieten.

Sonnabend, 7. Juli.
Mit dem Parteitag in Würzburg wird sich am kommenden
Montag abend eine Mitgliederversammlung des So-
zialdemokratischen Vereins beschäftigen. Es ist dort
Gelegenheit gegeben, etwaige Anträge zu stellen. Weiter sollen
die Delegierten vorgeschlagen werden. Die Tagesordnung weist
noch andere Gegenstände auf, so daß ein möglichst vollständiger
Besuch dieser wichtigen Versammlung wohl erwartet werden
kann. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Die Schulferien haben nun wieder begonnen. Mit größter
Freude begrüßt sonst und begrüßt noch heute die liebe Jugend
diese Zeit. Aber der laute Jubel und die fröhliche Ausgelassenheit
waren gestern, am letzten Schultage, wesentlich gedämpft. Der
Ernst der Zeit hat viele Kinderminen vorzeitig starrer und
unbeweglich gemacht, und das Lachen ist heute eine seltene Kunst-
Tauer, Not und Glend sind in zahlreichen Familien eingekerkert
und auch die Kinder werden von diesen schlimmen Gärten härter
bedrückt, wenn sie vielleicht auch noch nicht immer das richtige Ver-
ständnis dafür haben. Doch ihre Kraft, ihr Wachstum, ihre Ge-
sundheit wird beeinträchtigt. Wir, die wir nur mit Bangen in
die blauen Gesichter unserer Kinder blicken können, wollen uns
geloben, daß es zu unseren ersten Zielen gehören soll, das un-
erschlachte frohe Kinderlachen so früh, als es uns möglich ist, wieder
zum Leben zu erwecken. Dann wird der Tag, da die großen
Ferien beginnen, unserer Jugend auch wieder wie ein Tor in ein
gelobtes Land erscheinen können.

90 Gram Butter gelangen in der kommenden Woche pro Per-
son zur Ausgabe.

Beischlagnahme der Kartoffelernte. Die gesamte Kartoffel-
ernte im lübeckischen Staatsgebiet wird hiermit zugunsten des
Ausschusses für Kriegshilfe (Städtische Kartoffelstelle) beschlag-
nahmt. Jeder Kartoffelerzeuger mit einer Frühlingskartoffelbau-
fläche von 200 Quadratmetern und darüber ist verpflichtet, 160
Zentner je Hektar an lübeckische Verbraucher abzugeben, soweit
nicht Ausnahmen gestattet werden. Die Abgabe hat an die
Städtische Kartoffelstelle zu geschehen. Sie kann auch 1. unmittel-
bar an Verbraucher gegen Einziehung der jeweils gültigen Kar-
toffelartenabgabe, 2. an lübeckische Händler gegen Schlüssel-
erfolg. Die Abgabe von Kartoffeln durch Händler darf nur
gegen Einziehung der jeweils gültigen Kartoffelartenabgabe
erfolgen, einerlei, ob die Kartoffeln von lübeckischen Kartoffel-
erzeugern, von der Städtischen Kartoffelstelle oder von auswärts
bezogen sind.

Höchstpreise für Gänse. Der Stellvertreter des Reichstags-
lers erläßt eine mit dem 3. Juli in Kraft getretene Verordnung,
in welcher bestimmt wird: Lebende Gänse dürfen nur nach Stü-
ckzahl verkauft werden. Beim Verkauf von lebenden Gänzen
durch den Jäger oder Mäster dürfen folgende Preise für das
Stück nicht überschritten werden, wenn die Lieferung erfolgt:
im Juli 1917 16 Mk., im August 1917 17 Mk., nach dem 31. August
1917 19 Mk. Dies gilt auch für Verkäufe, die vor dem Inkraft-
treten dieser Verordnung abgeschlossen sind. Die Preise gelten
als Stall des Jägers oder Mästers. Beim Weiterverkauf darf
insgesamt ein Zuschlag von 2 Mk. einschließlich der Beförderungs-
kosten nicht überschritten werden. Beim Verkauf von geschlach-
teten Gänzen dürfen folgende Preise nicht überschritten werden:
beim Verkauf durch den Jäger oder Mäster an den Händler
frei Versandstation (Bahn oder Schiff) 3,50 Mark für 1/2 Kilo-
gramm; beim Verkauf durch Händler an den Kleinhandlender frei
Lager oder Laden des Empfängers 3,75 Mark für 1/2 Kilogramm;
beim Verkauf durch den Händler an den Verbraucher in Gemein-
den, die bis zu 100 000 Einwohnern zählen, 4 Mark für 1/2 Kilo-
gramm, in Gemeinden, die mehr als 100 000 Einwohner zählen,
4,25 Mark für 1/2 Kilogramm. Verkauf der Jäger oder Mäster
unmittelbar an den Verbraucher, so darf der Preis bis auf 3,75
Mark für 1/2 Kilogramm, beim Verkauf in Gemeinden, die mehr
als 100 000 Einwohner zählen, bis auf 4 Mark für 1/2 Kilogramm
erhöht werden. Die Preise gelten für ungeöffnete, gerupfte
Gänse (ohne Schwanzfedern); sie schließen die Kosten der Ver-
packung ein. Die Verwendung von Stroh bei der Verpackung
(Strohbindung) ist verboten. Die Landeszentralbehörden oder
die von ihnen bestimmten Behörden können für den Verkauf
durch den Jäger oder Mäster oder durch den Handel niedrigere
Preise festsetzen als die in dieser Verordnung oder auf Grund
dieser Verordnung festgesetzten Preise. Sie können auch für le-
bende Gänse den Verkauf nach Gewicht vorschreiben. Die
Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden
können für den Verkauf von Gänsefleisch in Teilen und von aus
Gänsen hergestellten Erzeugnissen Höchstpreise festsetzen. Soweit
nicht in dieser Verordnung oder auf Grund dieser Verordnung

Bekanntmachung

betreffend die Rücklieferung der Zusatzfleischkarten durch die Fleischverkäufer.

Nach § 1 der Bekanntmachung, betreffend die Gewährung einer Fleischzulage, vom 4. April 1917 sind die Zusatzfleischkarten nur während der ihnen aufgedruckten Woche gültig. Die von den Fleischverkäufern eingenommenen Zusatzfleischkarten sind in der folgenden Woche zu den den Fleischverkäufern bekanntgegebenen Zeit bei der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 65, einzuliefern.

Da fortgesetzt auch andere Zusatzfleischkarten, als solche aus der abgelaufenen Woche, eingeliefert werden, wird die Kontrolle darüber, ob nicht doch eine spätere Benutzung bereits abgelaufener oder eine frühere Benutzung noch nicht gültiger Zusatzfleischkarten erfolgt ist, außerordentlich erschwert.

Aus diesem Grunde wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die festgesetzte Geldvergütung nur für diejenigen Zusatzfleischkarten geleistet wird, deren vorschriftsmäßige Verwendung außer Zweifel steht. Hinsichtlich der nicht rechtzeitig zurückgelieferten Zusatzfleischkarten muß aber angenommen werden, daß sie gegenwärtig, d. h. nicht während der vorgeschriebenen Gültigkeitsdauer, verwendet worden sind. Für diese Zusatzfleischkarten wird daher künftig die Vergütung nicht mehr bezahlt werden.

Lübeck, den 6. Juli 1917.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit Eiern.

Auf Grund der vierten Verordnung betreffend den Verkehr mit Eiern vom 2. Juni 1917 wird hiermit angeordnet:

Die Gültigkeitsdauer des Abschnittes O III des Lebensmittelbuchs wird bis zum 21. Juli 1917 einschließlich verlängert. In dieser Zeit dürfen auf diesen Abschnitt nicht mehr als drei Eier abgegeben und entnommen werden.

Lübeck, den 6. Juli 1917.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Speisefett.

In der Woche vom 9. bis 15. Juli 1917 dürfen abgegeben und entnommen werden:

1. auf Abschnitt M III des Lebensmittelbuchs für jede Person 90 Gramm Butter,
2. auf jedes Butterbezugsheft die volle Bezugsmenge in Butter,
3. auf Abschnitt 7 der Zusatzfettkarte für Schwerarbeiter 35 Gramm Butter.

Der Verkaufspreis für 90 Gramm Butter ist auf 46 Pfg. und für 35 Gramm Butter auf 18 Pfg. festzusetzen. Umwiderrhandlungen werden bestraft.

Lübeck, den 7. Juli 1917.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

über die Beschlagnahme der Kartoffeln aus der Ernte des Jahres 1917 und über die Abgabe von Frühkartoffeln.

I. Die gesamte Kartoffelernte im lübeckischen Staatsgebiet wird hiermit zugunsten des Ausschusses für Kriegshilfe (Städtische Kartoffelstelle) beschlagnahmt.

II. Jeder Kartoffelerzeuger mit einer Frühkartoffelanbaupflanze von 200 qm Reiter und darüber ist verpflichtet, 160 Zentner je Hektar an lübeckische Verbraucher abzugeben, soweit nicht nach Ziffer VI Ausnahmen gestattet werden.

III. Die Abgabe hat an die Städtische Kartoffelstelle zu geschehen. Sie kann auch:

1. unmittelbar an Verbraucher gegen Eingehung der jeweils gültigen Kartoffelkartenabschnitte,
2. an lübeckische Händler gegen Schlussschein erfolgen.

IV. Der Erzeuger ist verpflichtet, die Schlussscheine und eingezogenen Kartoffelkartenabschnitte am Montag jeder Woche der Städtischen Kartoffelstelle einzureichen.

V. Die Abgabe von Kartoffeln durch Händler darf nur gegen Eingehung der jeweils gültigen Kartoffelkartenabschnitte erfolgen, es sei denn, daß die Kartoffeln von lübeckischen Kartoffelerzeugern, von der Städtischen Kartoffelstelle oder von auswärtig bezogen sind. Die Kartoffelkartenabschnitte sind ausschließlich Montag der Städtischen Kartoffelstelle einzureichen.

VI. Abnahmen von diesen Bestimmungen sind nur mit Genehmigung des Ausschusses für Kriegshilfe zulässig.

VII. Umwiderrhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 7. Juli 1917.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Bekanntmachung

In der Zeit vom 4. bis 15. Juli 1917 sollen an jede zu III. Anbestellung für Kolonialwaren angemeldete Person zur Auswahl gelangen:

125 Gramm Kaffeebohnen zum Brutto von 44 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund) auf den Abschnitt F X des Lebensmittelbuchs.

125 Gramm Gerstengraupen zum Brutto von 30 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund) auf den Abschnitt G XIII des Lebensmittelbuchs.

Die gemeinsamen Abschnitte für diese Bestimmungen (Kaffeebohnen Nr. 39) (Gerstengraupen Nr. 40) sind von den Lieferanten in geeigneter Weise bis zum 20. Juli abzuliefern.

Lübeck, den 6. Juli 1917.

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.



Tote
aus jedes Lagerziel durch den Preisrückgang von 20% auf 10% herabgesetzt. Infolge der hohen Nachfrage sind die Lagerbestände der Tote sehr gering. Die Tote sind in allen Lebensmittelgeschäften und in den Kassen der Tote zu bekommen.

Täglich:

Platzverkauf von Braunkohlen und Holz.

Heinr. Boye, Lindenstr. 77a.

Telefonnummer 918. (1692)

Wleder-

Sachen aller Art (ausgeschlossen Treibriemen), Sachen aus Kunstleder, Segeltuch, Wachsdruck uho. werden werktäglich von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 5 Uhr in der Sammelstelle

Salzspeicher

(Hofkantor) entgegengenommen. Wir vergüten für 1 Pfund Wleder = 15 Gussheine.

Besonders nötig sind Handschuhe aller Art für unsere Munitionsarbeiterinnen. Eine Vergütung hierfür kann nicht gewährt werden.

Helft uns!

Kriegs-Brodensammlung Lübeck.

Baudirektor Balzer; Brodmüller; Holde Cyrus; Haase-Lampe. 1716

Altes Schuhwerk

wird nunmehr im Einverständnis mit dem Polizeiamt auch von unserer Sammelstelle Salzspeicher (Hofkantor) entgegengenommen. Vergütung für 1 Pfund = 15 Gussheine. Das Schuhwerk ist für Zwecke der Reichsbekleidungsstelle bestimmt und dringend nötig.

Kriegs-Brodensammlung Lübeck

Baudirektor Balzer; Brodmüller; Holde Cyrus; Haase-Lampe. 1714

In Freien Stunden



Am 1. Juli bietet sich die Gelegenheit, Abonnent der „Freien Stunden“ zu werden, da ein neuer Roman beginnt. Auch während der schweren Kriegszeit ist diese Zeitschrift ein guter Kamerad geblieben, namentlich den vielen Frauen, die von den schweren Sorgen der Gegenwart eine Spanne Bergessenheit und Erholung suchen. „Aus eigener Kraft“ heißt der Roman, der zum Abdruck kommt, und als zweite Erzählung „Die Prarie am Jacinto“, eine Schilderung aus dem wilden Westen Amerikas. Daneben sorgen vollständige, illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten, Rätsel, Witze für Haus und Küche für die notwendige Abwechslung des Lesestoffes und für die praktischen Bedürfnisse der Hausfrau.

Wöchentlich erscheint ein Heft für 15 Pfennig

Zu beziehen durch:

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46 und den Ausströgeninnen.

Es heißt hierdurch „In Freien Stunden“, wöchentlich ein Heft für 15 Pfennig.

Name:

Ort:

Strasse:

(Der Bestellzettel ist beigefügt dem Zeitungsheft anzuschicken.)

Während der großen Ferien, wo alle Schulen und viele Privatpächter geschlossen sind, findet in der Zentrale vom Meier Streng keine Aufgabe der Zeitverfügen. Der Weltkrieg hat. Nach den Ferien werden alle notwendigen Heft nachgeliefert. (1700)

Zahn-Praxis

Breite Straße 56. Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne ohne Anrassnahme der Wurzeln unter Garantie der Kräftigkeit beim Essen.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer
Zahlstelle Lübeck.

Versammlung

am Montag, den 9. Juli abends 7 Uhr. Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich. Der Vorstand.

Berein der Bestattungs-Übernehmer zu Lübeck.

Die dem Verein angeschlossenen Mitglieder empfehlen sich zur

1681

Übernahme von Erd- und Feuerbestattungen

sowie

Überführungen von und nach auswärts.

Gebr. Müter, Mühlenstr. 13, Fernr. 427.

C. Thiessen & Sohn, Bahmstr. 79, Fernruf 1143.

C. Weiss, Schwartauer Allee 193, Fernr. 967.

F. Barby, Güßtr. 117, Fernr. 816.

G. Behnek, Warendorffstr. 4, Fernr. 2186.

A. Brodersen, Regidienstr. 7, Fernr. 1090.

W. Festerling, Hausstr. 57, Fernr. 1508.

H. Grimm, Wiedebeßtr. 49, Fernr. 1424.

Betten-Duve liefert bestens u. billigst. 1685 Gr. Burgstr. 32.

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftl. Versicherungsaktiengesellschaft

Sizung

der Gewerkschaftsvorstände, Kartelldelegierten, Aufsichtsrats- und Genossenschaftsratsmitglieder des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend, sowie der Vertrauensleute der „Volksfürsorge“

am Dienstag, 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr präz. im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

Die Volksfürsorge im Kriege.

Referent: Otto Diedrich, Hamburg

Instruktor der Volksfürsorge.

Um möglichst vollständiges Erscheinen ersucht

1710

Die Verwaltungskommission.

Sozialdemokratisch. Verein

Montag, den 9. Juli, abds. 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Der Parteitag in Würzburg; Delegierten-Vorschläge.
3. Innere Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

1718)

Der Vorstand.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Hansa-Theater.

Sonntag, den 8. Juli, abends 8 Uhr:

Gastspiel des Reiterdarstellers

Alfred Maack aus Hamburg

mit seiner Gesellschaft.

„Mudder Mews“.

Niederdeutsches Drama in 5 Akten von H. Stavenhagen.

Vorverkauf an der Kasse des Hanstheaters.

Nachm. 3 1/2 Uhr zum letzten Male bei kleinen Preisen.

Alt-Heidelberg.

Montag, den 9. Juli, abends 8 Uhr:

Das Pensionsschwein.

„HALTE DURCH“-Beschlung

Doppelter Herrenboden

zusammen M. 5.50

Sohlenschutz, H.D. allein M. 3.00

Doppelter Damen- oder

Knaben-Boden M. 4.50

Sohlenschutz, H.D. allein M. 2.50

Wir garantieren höhere Haltbarkeit für diese Sohlenschützer

als für das verwendete jetzige

Leber. (1694)

Friedr. Baurenfeld, Mühlenstr. 24

Reinr. Bockmann, Reiferstr. 3.

Wih. Brede, Kronst. Allee 20

Friedr. Busch, Mühlenstr. 27

C. Giesler, Güßtr. 10a

J. Kowacki, Fischergrube 45

Ghr. Rehien, Schwandenerquers. 25

Friedr. Tödter, Engelsgrube 8

P. H. Schleich, Schumacherstr. 31

Aug. Will, Blücherstr. 33.

Visitenkarten liefert schnellstens

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Konzertthaus
Zauberflöte.
Schüßelbuden 4.
Täglich Konzert von
D' Obereshtaler.
Anfang 7 Uhr.
1705) L. Kock.

Stadthallen-Sommertheater

Sonnabend, den 7. Juli 1917:

Anfang 8 1/2 Uhr und

Sonntag, den 8. Juli 1917:

Anfang 7 1/2 Uhr:

Die Puppe.

Operette von E. Audran.

Dienstag, den 10. Juli 1917:

Anfang 8 Uhr:

Die Landstreicher.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Juli 1912.

112. Sitzung, Nachmittags 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.
Abg. Dittmann (Soz.): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß das Generalkommando in Leipzig verboten hat, zwei Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, betitelt „Die Wahrheit über die Friedenspolitik der Regierungsozialisten“ als Flugblatt zu verbreiten?

Billigt der Reichskanzler diese Parteinahme zugunsten einer einzelnen politischen Partei und was gedenkt er zu tun, um die ungehinderte Erörterung der Kriegsziel- und Friedensfrage gegen solche Eingriffe militärischer Befehlshaber sicherzustellen?

Ministerialdirektor Lewald: Das Verbot des stellvertretenden Generalkommandos des 19. Armeekorps ist dem Reichskanzler bekannt. Eine Parteinahme zugunsten einer einzelnen politischen Partei in dieser Maßnahme zu erblicken, ist nicht zu treffend. (Gelächter bei den Unabh. Soz.) Diese Annahme wird schon dadurch widerlegt, daß der Abbruch zweier mit dem Flugblatt inhaltlich übereinstimmender Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ nicht beanstandet worden ist. Wenn die Verbreitung des Flugblatts unterjagt ist, so ist das aus Gründen der öffentlichen Sicherheit geschahen. (Erneutes Gelächter bei den Unabh. Soz.) Die Verbreitung des Flugblattes wäre geeignet, Unruhen in der Bevölkerung auszulösen durch etwaige scharfe Entgegnungen zu tragen, was in der jetzigen Zeit vermieden werden muß. Die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und Ruhe trägt aber allein der zuständige Militärbefehlshaber.

Abg. Kuchhoff (Zentr.) fragt an, ob der Reichskanzler bereit sei, umfassende Maßnahmen zur Sicherung der Hausbrandlohe für die weniger kaufkräftigen Verbraucher zu treffen.

Unterstaatssekretär Richter: Es ist dafür gesorgt, durch Steigerung der Produktion und durch Regelung der Kohlenverteilung, daß der erforderliche Bedarf an Hausbrandlohe für Mindeverbrennstoffe für den nächsten Winter zur Verfügung steht.

Abg. Dove (Frp.) fragt an, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um die mit dringenden Aufträgen der Heeresleitung beschäftigte Industrie oder sonst als kriegswichtig anerkannte Betriebe in Berlin und der Mark Brandenburg vor den Wirkungen der Verfügung über Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Kraft zu schützen.

Unterstaatssekretär Richter: Der Reichskanzler verkennt nicht die große Bedeutung dieser Frage; sie unterliegt zurzeit noch der Prüfung.

Abg. Litz (N.L.) fragt an, ob infolge der durch den Prozeß Kupfer entfallenden Vorgänge sofort mit rückwirkender Kraft Maßnahmen zur Einziehung unlauteerer Kriegsgewinne herbeigeführt werden sollen.

Ein Direktor im Reichsjustizamt erwidert, daß zunächst das Ergebnis der Kommissionsberatungen zur Prüfung von Gesetzesentwürfen abgewartet werden müsse.

Abg. Göhre (Soz.) fragt an, welche Schritte der Reichskanzler gegen die schwere Belästigung und Beunruhigung der Arbeiterklasse und des kleinen Mittelstandes durch die Mietsteigerungen und Mietssteigerungen zu tun gedenkt.

Ministerialdirektor Lewald: Die schwierige wirtschaftliche Lage der städtischen Hausbesitzer ist anzuerkennen. Sie durch Mietssteigerungen abzumildern, erscheint während des Krieges jedoch nur soweit berechtigt, als diese Mietssteigerungen notwendig sind, um den städtischen Hausbesitz vor wirtschaftlichem Zusammenbruch zu bewahren. Es sollen Einrichtungen getroffen werden, um im Einzelfalle die Notwendigkeit von Mietssteigerungen nachzuprüfen und Abhilfe zu schaffen. Der Reichskanzler wird alsbald mit entsprechenden Vorschlägen an den Bundesrat herantreten.

Es folgt der Bericht des Verfassungsausschusses über die Fragen der Veränderung des Wahlrechts im Reich. Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Neuverteilung des Verhältnisses der Wählerzahl zu der der Abgeordneten für die Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, eine entsprechende Vermehrung der Mandate nebst der Einführung der Verhältniswahl vorgezogen wird.

Ein Antrag Antrich und Genossen (Soz.) verlangt dagegen eine Vorlage, die für den Reichstag das Verhältniswahlrecht bei allgemeinem gleichem Wahlrecht mit gleichzeitiger Abstimmung wünscht, an der alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes teilnehmen. Die Wahl soll an einem Sonntag oder Feiertag stattfinden.

Staatssekretär Dr. Sifferich: In Übereinstimmung mit dem Beschluß des Verfassungsausschusses sind die verbunde-

nen Regierungen der Ansicht, daß eine Neuordnung hinsichtlich der Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs geboten ist. Sie werben dem Reichstag eine Vorlage zugehen lassen, die eine angemessene Vermehrung der Mandate dieser Wahlkreise vorsieht. Die Vorlage wird dem Reichstag so zeitig zugehen, daß die nächsten Wahlen bereits auf der Grundlage der beabsichtigten Änderungen vorgenommen werden. Diese Änderungen liegen in der Richtung des Ausbaues unserer innerpolitischen Verhältnisse, die die frohe und freudige Mitarbeit aller Glieder des Staates und Reiches sichern, für die das Volk den Boden bereitet hat und die jederzeit angeknüpft ist. Sie entspricht dem Geiste der Osterbewegung und wird in diesem Geiste durchgeführt werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.): Wären unsere Anträge im Ausschuss angenommen worden und hätten sie die Zustimmung der Regierung gefunden, so wäre in der Tat ein wertvolles Reformwerk in Angriff genommen, während das Ergebnis der Ausschuss-Verhandlungen recht wenig bedeutet. Erreicht ist in diesem Ergebnis der Gedanke des Proportionalwahlrechts, in dem wenigstens eine Frucht unserer Bemühungen zu sehen ist. Aber weiter verlangen wir die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen. Das ist nicht nur eine Rechtsforderung, sondern eine Kulturforderung allerersten Ranges, für die der Krieg eine neue starke Begründung gebracht hat. In den drei Kriegsjahren sind Millionen und Abermillionen von Frauen auf eigene Füße gestellt worden und haben bewiesen, daß sie im Dienste der Gesamtheit zu wirken imstande sind. Wenn unter Land aus diesem schweren Kampfe gut hervorgehen wird, haben wir das in allererster Linie unseren Frauen zu danken. Wie will man es da noch rechtfertigen, daß sie auch fernher nur Objekt und nicht auch Subjekt der Gesetzgebung sein dürfen? (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ muß auch für die Frauen gelten. Die Frauen und Mütter werden einmal imstande sein, einen solchen unheilvollen Krieg zu verhindern, den die Männer in unserer Zeit nicht haben verhindern können. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Weiter verlangen wir die Herabsetzung des Wahlalters. Gerade bei der arbeitenden Klasse müssen die jungen Leute schon in sehr frühen Jahren selbständig sein und die große Verantwortlichkeit für ihre ganze Lebensführung tragen. Diese jungen Männer zahlen Steuern, sie sind wehrpflichtig und tragen jetzt den Krieg aus, da sollen sie auch bei den Wahlen ihre Stimme mit in die Waagschale werfen. Freilich verkennen wir nicht, daß auch die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend eine weit höhere werden muß. — Die Verhältniswahl will der Ausschuss nur in Wahlkreisen mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs. Das ist ganz unzureichend. Wir verlangen für das ganze Reich ein gleiches Wahlrecht. Das gegenwärtige ist ungleich und ungerecht sowohl wegen der Erhaltung der veralteten Wahlkreise als wegen des Grundgedankes der Mehrheitswahlen, durch die die Minderheiten völlig ausgeschaltet werden. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt ist das Wahlrecht von der ursprünglichen Annäherung an die Gleichheit weiter zurückgekommen, durch die Entwicklung der Wahlkreise ist ein Pluralwahlrecht oder vielmehr ein Pluralwahlrecht geworden, unter dem besonders die Großstädte leiden. Nur durch dieses schändliche Unrecht konnte die agrarische Politik vor dem Kriege zu einer solchen Stärke ausweichen, wie wir es erlebt haben. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Im Ausschuss hat man Wahlkreise mit einer Bevölkerung von 200 000 Seelen als noch nicht unnormal bezeichnet. (Lebh. Hört, hört!) Dann würde die Reform nur in 30 Wahlkreisen Platz greifen. Die Bevorzugung der gering bevölkerten Kreise läßt man zu rechtfertigen mit der Theorie, daß das Wahlrecht auch nach der Fläche bemessen werden muß. Der wirkliche Grund ist, daß die Konservativen glauben, die ländliche Bevölkerung sei agitatorischem Einfluß von demokratischer Seite weniger zugänglich. Es handelt sich hier lediglich um Parteilinteressen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Deshalb muß gründlicher Wandel geschaffen werden, wie ihn die Worte des Staatssekretärs leider nicht in Aussicht stellen. Trotzdem werden meine Freunde für den Ausschussantrag stimmen, weil darin der Gedanke des Proportionalwahlrechts, für den wir seit Jahrzehnten gekämpft haben, endlich zu einem Anfang des Erfolges gelangt. Dazu kommt, daß die großstädtische Bevölkerung wenigstens teilweise von dem gegenwärtigen Unrecht befreit werden soll. Aber wesentliche Mängel des Reichstagswahlrechts werden nicht behoben. Es bleibt die Ungleichheit der weiblichen Wahlkreise, und ein neuer Mangelhand ist es, daß nach zweierlei System gewählt werden soll. Wir können das nur als eine Übergangszeit auffassen. Ein besonders neues Unrecht ist, daß die Minderheiten in den Großstädten vertreten werden sollen, in den kleinen Städten und ländlichen Gebieten dagegen nicht, das heißt also, dort nicht, wo die demokratischen Richtungen in der Minderheit sind. Diese Ungerech-

tigkeit allein zeigt schon, daß es sich hier nur um ein Provisorium handeln kann, nicht um etwas Dauerndes. Es wird Sache der Wähler und des nächsten Reichstages sein, dafür zu sorgen, daß auf der beschrittenen Bahn fortgeschritten wird, bis die volle Gleichberechtigung errungen ist. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Reth (Kong.): Wir sind mit einer Vermehrung der Mandate in Wahlkreisen mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs einverstanden, legen aber Wert darauf, daß diese Wahlkreise ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden. Die Verhältniswahl lehnen wir ab. Das enge persönliche Verhältnis des Wählers zu dem Gewählten würde bei diesem Wahlsystem fortfallen. Wird die Verhältniswahl gestrichen, so stimmen wir dem Antrage des Ausschusses zu.

Abg. Becker-Arnberg (Zentr.): Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. Wir halten es nicht für angängig, die Frauen in das politische Leben hineinzuziehen und Wählerkreise zu bilden, die das Wahlrecht zu verleihen. Auch die Sonntagswahl lehnen wir ab. Wir stimmen dem Beschluß des Verfassungsausschusses zu und hoffen, daß dieser Anfang der Neuorientierung mit großer Mehrheit beschlossen werden wird.

Abg. Litz (N.L.): Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Sifferich ging nicht hervor, ob die Regierung sich der Neuwahlen in den großen Wahlkreisen die Verhältniswahl einführen will. Sollte das nicht geschehen, so wäre es besser, es bliebe bei der bisherigen Zahl der Abgeordneten. Den Antrag der Sozialdemokraten halten wir nicht für durchführbar. Die Ausdehnung des Stimmrechts auf die Frauen bedarf noch eingehender Prüfung in ruhigen Zeiten. Und was das Wahlrecht der Zwanzigjährigen betrifft, so gibt die Verfassung noch nicht die geistige und politische Reife, die notwendig ist, um an politischen Wahlen mit eigenem Urteil teilzunehmen. Auch der staatsbürgerliche Unterricht gibt nur das Material, aber nicht die natürliche Reife; das Material muß erst durgearbeitet werden. Ob man für die Sonntagswahl ist oder nicht, ist Geschmackssache. Der Vermehrung der Mandate in den Reichstagswahlkreisen stimmen wir im Interesse der ausgeglicheneren Gerechtigkeit zu. Diese Forderung haben wir schon 1912 erhoben. Die Verhältniswahl durch das ganze Reich hindurch halten wir noch nicht für möglich. Der Wähler muß hier viel mehr abstrahieren von der Person des zu Wählenden, er muß sich vielmehr für eine Partei einschließen. Dazu gehört eine viel größere politische Reife. (Brao!) Abg. Waldstein (Frp.): Meine Freunde im Lande sind von den Arbeiten des Verfassungsausschusses zum Teil enttäuscht, man findet, der reichende Berg habe ein Mäuslein geboren. Aber es kann sich hier nur um eine Borente handeln, die große Hauptente der Neuorientierung kommt erst noch, darauf rechnen wir mit Bestimmtheit. Diese Arbeit zu leisten ist auch nicht Sache des Verfassungsausschusses. Die Hauptarbeit wird in Preußen zu leisten sein; geschieht das nicht, so muß sie durch den Reichstag für Preußen geleistet werden. (Sehr richtig! links.) Die Forderung der Homogenität in bezug auf das Wahlrecht zwischen Preußen und dem Reich ist so alt wie das Deutsche Reich. (Sehr richtig! links.) Dem Beschluß des Ausschusses stimmen wir natürlich zu; er entspricht einer alten Forderung unserer Partei. Die Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre lehnen wir ab. Wenn wir so dem sozialdemokratischen Antrag nicht zustimmen können, so entscheiden wir damit nicht über die Frage des Frauenwahlrechts, diese Frage lassen wir offen; sie wird auf Grund der Erfahrungen des Krieges später zu regeln sein.

Abg. Martin-Dels (Frp.): Die übergroßen Wahlkreise haben auch wir seit Jahren für ein Übel gehalten. Gegen die Verhältniswahl in diesen Reichswahlkreisen hat ein Teil meiner Freunde Bedenken. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. Wir haben Angriffe gegen das Reichstagswahlrecht stets zurückgewiesen, können aber andererseits den hier beantragten Erweiterungen nicht zustimmen.

Abg. Stadthagen (Unabh. Soz.): Am 22. März haben wir einen Antrag gestellt, mit dem der heutige Antrag der Sozialdemokraten dem Sinne nach übereinstimmt. Damals erklärte die „Vredner Volkszeitung“ es nicht für angebracht, einen solchen Antrag anzubringen. Der leitende Redakteur dieser Zeitung ist Dr. Gradnauer, der heutige Redner der Sozialdemokraten (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.). Er ist also inzwischen wohl anderer Meinung geworden und hoffentlich werden bald alle seine Freunde der gleichen Meinung mit uns werden. — Der Antrag des Ausschusses bringt keine Besserung, sondern die schlimmste Verdrößerung. Ein Beweis dafür ist ja die Zustimmung der Regierung, die immer nur zu reaktionären Maßnahmen erfolgt. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) — Die Ausdehnung der Frauenarbeit während des Krieges ist eine ganz ungeheuerliche. Wenn man ihnen da die Gleichberechtigung verweigert, so zeigt sich darin nur die Herrennatur des Mannes, der erklärt: Du hast zu arbeiten, aber Rechte bekommst du nicht. In allen Kulturstaaten

Es läuft das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterleben.
Von Dorothy Richardson.
Einzig berechnete Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

26. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sind sie drei etwa Freundinnen?“ fragte die Vorarbeiterin, als sie kam, um nach der Arbeit zu schauen.

„Ja.“

„Hm, machte sie mißvergnügt, wenn ich das gewußt hätte, hätte ich sie allerdings nicht eingestellt.“

„Warum hätte Miß Gibbs uns eigentlich nicht eingestellt?“ fragte Bessie, als die Vorarbeiterin gegangen war.

„Weil Freundinnen eines Tages immer Streit miteinander bekommen“, antwortete eine junge Italienerin.

„Na, wir nicht so ohne weiteres“, lachte Bessie. „Da braucht sie sich also keine Sorge zu machen.“

„Genau wissen kann man ja etwas nie“, sagte eine andere.

„Wir haben erst zwei Freundinnen hier gehabt, die sich vor Liebe beinahe aufgefressen haben. Und dann sind sie eines Tages um einen Buchen drunten in der Parkstreck in die Haare geraten, um einen Diamantfingerring, einen Deutschen, der goldene Ringe in den Ohren hatte. Ich verstehe nicht, wie man sich überhaupt mit einem Ausländer einlassen kann, ob er nun Ringe in den Ohren oder in der Nase hat.“

„Na, und was ist dann geworden?“ fragte Bessie.

„Ja, da haben sie sich dann eben den ganzen Tag über gestritten und einander mit Titeln belegt, die man überhaupt nicht wiedergeben kann, und schließlich hat die eine der anderen mitten ins Gesicht gespuht.“

„Und dann?“

„Dann sind sie wie wahnsinnig aufeinander losgegangen und haben gekracht und geschlacht und gebissen, daß es ganz schrecklich mit anzusehen war, und schließlich sind sie über einen Haufen Glas gefallen und haben sich wie die Hunde auf der Diele weiter gebalgelt. Und dann hat Miß Gibbs den Jocki zerupfen und in einer Viertelstunde sahen sie alle beide auf der Straße.“

„Das kommt davon“, sagte Bessie, „wenn man sich in einen Mann verliebt, der Ringe in den Ohren hat.“

Es ging uns recht gut bei Wolff. Die Arbeitskolleginnen waren freundlich und verträglich, und selbst Miß Gibbs behandelte uns gut, nachdem sie sich einmal davon überzeugt hatte, daß wir uns nicht balgen würden, obwohl wir Freundinnen waren.

Jedesmal, wenn wir mit einem Stui fertig waren, konnten wir ein wenig von der Arbeit aussetzen und einen Blick zum

Jenfer hinauswerfen. Ein Teil der Jenfer ging auf eine Goldschmiedewerkstatt hinaus und der andere auf einen langgestreckten Fabrikraum, in dem sich unablässig große, schwarze Scheiben drehten und Arbeiter in einer unverständlichen Sprache aufeinander einwirkten.

Nach zwei, drei Tagen waren wir schon so weit eingearbeitet, daß uns die Arbeit ganz leicht von der Hand ging. Da, am vierten Tage, kam Bessie nicht, ließ auch nichts von sich hören, und ich bemühte deshalb die Gelegenheit, Eunice etwas besser kennen zu lernen, denn im „Arbeiterinnen-Heim“, wo wir noch immer wohnten, waren alle Verhältnisse und Bestimmungen darauf zugeschnitten, daß die Mädchen möglichst einander fremd bleiben sollten.

„Es ist geradezu schrecklich, dort wohnen zu müssen“, sagte Eunice, mit einer Gebärde des Widerwillens.

„Ja, es ist schrecklich“, stimmte ich bei, „aber was bleibt uns zurzeit anderes übrig?“

„Ich war ein wenig erstaunt, denn es war das erste Mal, daß Eunice über etwas ein Urteil abgab.“

„Du wunderst dich vielleicht, warum ich dann eigentlich dort hingekommen bin“, sagte Eunice. „Siehst du, du hast mir so viel von dir erzählt, aber von mir weißt du gar nichts, und es ist kein und schon von dir gewesen, daß du mich nie ausgefragt hast; aber nun will ich es dir selber sagen. Wenn ich in jener Nacht nicht dort hingekommen wäre, dann wäre ich dort hineingekommen.“

Und sie zeigte zum Fluß hinab, der im Sonnenchein unter uns glänzte.

„Was wäre schließlich auch daraus geworden? Es hätte ja doch kein Mensch nach mir gefragt, und ich hätte niemandem erzählt. . . Und da bin ich denn dort unten entlassend gegangen und habe hineinspringen wollen. . . Ich weiß nicht, warum ich es nicht getan habe. . .“

Sie sah starr, ganz in sich selbst versunken, vor sich hin ins Leere.

„Du hast eben doch wieder neuen Mut geschöpft“, sagte ich begütigend. „Ein jeder hat eben seine trüben Stunden. . .“

Eunice schüttelte den Kopf.

„Nein, nein, das ist es nicht, denn ich habe ja doch mit allem abgeklärt. . . Ich glaube einfach, ich habe nicht den Mut gehabt. . . Ich bin zu feige zu leben und habe doch nicht Mut genug, um zu sterben. . . Du bist eben ein anderer Mensch als ich; für mich ist alles schon längst vorüber — das verstehtst du beide noch nicht, Bessie und du. . . Ich habe oft genug versucht, mich aufzuhängen und mir selbst Mut zuzusprechen — versucht es doch einmal, habe ich immer wieder zu mir gesagt, vielleicht kannst du doch noch einmal von vorne anfangen. . . es geht nicht, nicht

du, es geht einfach nicht! Ja, wenn ich vergessen könnt: . . aber so . . .“

„Nicht so laut, Eunice“, sagte ich, denn die anderen begannen auf uns aufmerksam zu werden.

„Es muß alles nichts, ich kann einfach nicht länger leben! Als ihr euch meiner angenommen habt und als ich wieder zu arbeiten anfang, hab ich selber eine Weile daran geglaubt, ich würde darüber hinwegkommen, aber nun sehe ich, daß ich noch auf demselben Punkt stehe wie in der Nacht, da ich zum erstenmal in das Heim kam. . . Wir sind so ganz verschiedene Menschen, nicht du. Selbst wenn du alles das bürgernacht hättest, was ich durchgemacht habe, hättest du dich zuletzt doch wieder durchgelempelt, denn es gibt eben Frauen, die genügend Kraft dazu haben. . . sie weinen und sind unglücklich und verzweifelt, aber schließlich nehmen sie sich zusammen und kommen doch darüber hinweg. Nur ich kann das nicht. . .“

„Wie alt bist du eigentlich, Eunice?“

„Vierundzwanzig. Ich weiß, du wirst sagen, daß ja das ganze Leben noch vor mir liegt, aber ich sage dir ja —“

Sie machte eine müde Handbewegung und wandte sich ohne ein weiteres Wort zu sagen, ab.

Am Abend, als wir heimgingen, erzählte sie mir, sie sei erst vor kurzem aus dem Hospital drüben auf der Insel entlassen worden. Ich fragte sie nicht, was ihr gescheh habe, und warum sie so blaß und hochwichtig aussehe, denn ich hatte mit der Zeit gelernt, daß es im „Arbeiterinnen-Heim“ nicht gut sei, allzusehr in die Tiefe zu gehen.

Auch am nächsten Tage, einem Samstag, blieb Bessie von der Arbeit aus, und wir beschloßen deshalb, sie am Abend zu besuchen.

Ich kam nun immer besser mit meiner Arbeit zurecht, Eunice aber ließ sich gehen, und schließlich wurde sogar der Vorarbeiter auf sie aufmerksam und hat sie, sich etwas mehr zusammenzunehmen.

„Findest du die Arbeit so interessant?“ fragte sie mich.

„Interessant eigentlich weniger“, antwortete ich, „aber dann geht es leider nicht. Und wenn ich die Arbeit doch einmal machen muß, dann mache ich sie eben so gut, wie ich gerade kann.“

„Das ist wieder der Unterschied zwischen uns beiden“, sagte Eunice nachdenklich. „Wenn mir eine Arbeit auszuweisen wird, dann interessiert sie mich nicht, ja noch mehr, sie ist mir von vornherein zuwider, und ich muß immer unwillkürlich daran denken, wie ich mich um sie herumdrücken könnte. . . Bessie würde es mir auch leichter gefallen, mich durchs Leben zu schlagen, wenn dem nicht so wäre. . .“

Nach Schluß der Arbeit machten wir uns auf den Weg, um Bessie anzusehen.

(Fortsetzung folgt.)

Die sozialdemokratische Partei Norwegens hat im Laufe des letzten Jahres um 4000, in den letzten 5 Jahren um 24 000 Mitglieder zugenommen...

Die Teilnahme der finnischen Sozialdemokraten an der Regierung. Der Parteitag der finnischen Sozialdemokratie beschäftigte sich u. a. mit der Frage des Eintritts von Parteigenossen in die finnische Regierung...

Gewerkschaftsbewegung.

Mehr weibliche Mitglieder als bei Kriegsbeginn. Wie die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ berichtet, hat die Zahl der weiblichen Mitglieder am Ende des ersten Vierteljahres 1917 die Zahl der weiblichen Mitglieder vor Kriegsbeginn um ersten Mal wieder überstiegen...

Aus Nah und Fern.

18 000 Brotkarten gestohlen. In eine Brotkommission in Neufölln drangen Einbrecher ein, nachdem sie sich vom Keller aus durch Herankriechen einen Wand einen Zugang gebahnt hatten.

Schwerer Eisenbahnunfall in Schießen. Auf der Strecke Oberg Katibor ereignete sich, wie die Berliner „Morgenpost“ berichtet, ein schwerer Eisenbahnunfall bei dem Dorf Studzienau.

Zur Nachahmung empfohlen. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Danzig: Die Kommandantur teilt mit, daß die Hausbesitzer, die ohne Genehmigung höhere Mieten verlangen, der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.

Eine freudige Überraschung. Der in Regenwalde im Br. wohnhafte Tischlermeister Petermann überführte im Winter die Leiche seines nach amtlicher Mitteilung gefallenen Sohnes und ließ sie auf dem Friedhofe in Regenwalde beerdigen.

Schwere Sprengstoffexplosion in einem Bergwerk. Auf der Zeche Recklinghausen I ereignete sich nachts gegen 1 Uhr eine Sprengstoffexplosion. Leider wurden mehrere Bergleute getötet und einige schwer verletzt.

Heiteres.

Der Auslandskeller. Ein Kunde kommt in ein Milchgeschäft und fragt einen kleinen Jungen hinter dem Ladentisch: „Sag mal, wo ist denn Dein Vater?“ „Vater ist im Keller und macht Auslandskäse.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

ist von den Vorbereitungen ausgegangen, die zur Stockholmer Tagung führen sollten. Zum ersten Male hat Europas friedensdürstige Menschheit mit hoffnungsvollerem Herzen den Bewegungen, Fährten und Neukerungen der Parlamentarier zugehört...

Das war das alte Europa, in dem wir — trotz allem — im großen ganzen glücklich gelebt haben. Wir fühlten uns, im Orange nach aufsteigender Kultur, einig mit gleichstrebenden Geistern in England und Frankreich, in Rußland und Italien...

Die russische Revolution, welche in steigendem Maße den Massen in ungeheuren Ausmaßen maßgebenden Einfluß verleiht, hat zum ersten Male in einem der uns feindlichen Großstaaten eine wirkliche Friedensstimmung aufkommen lassen.

Wie vor allem die Massen imstande sind, den Frieden durch ihren Willen vorzubereiten, so sind auch sie und ihre Führer vor allem berufen, vereint, wenn der Kriegswahnsinn ausgetobt haben wird, und wenn man den unermesslichen Schaden voll befehen wird, das alte „Europa“ wiederherzustellen.

Ernährungsfragen.

Herabsetzung der Fleischration in Bayern. Bayern wird die erhöhte Fleischration, die bis Mitte August gewährt werden sollte, schon am 9. Juli auf insgesamt 375 Gramm pro Kopf und Woche herabsetzen...

Wirtschaftliches.

Zusammenlegung von Sädereibetrieben. Zusammenlegungen zum Zwecke einer besseren Organisation der Nahrungsmittelherstellung umfassen auch jetzt mehr und mehr die Kleinbetriebe, die man bisher noch vielfach durch eine fast veränderte Mittelstandsstruktur schützen wollte.

ist das Frauenwahlrecht schon eingeführt oder doch auf dem Marsch, nur in Deutschland enthält man den Frauen dieses Recht nicht. Diese Ungerechtigkeit muß sich an dem ganzen Gemeinwesen bitter rächen.

Die Debatte schließt. Abg. Dr. Gadenauer (Soz., persönlich): Den vom Vortrager erwähnten Artikel der „Dresdener Volkszeitung“ habe ich vorher besichtigt, noch war ich an seiner Veröffentlichung beteiligt.

Abg. Albrecht (Unabh. Soz.): Das vorige Mal haben wir die Verlängerung der Legislaturperiode beauftragt, diesmal müssen wir sie ablehnen. Evident verlangen wir prinzipiell zweijährige Legislaturperioden und dann sind wir der Meinung, daß die Wähler, nachdem die Legislaturperiode schon so lange dauert, endlich einen Anspruch darauf haben zu entscheiden, ob ihre Vertreter während des Krieges in ihrem Interesse gehandelt haben...

Die Vorlage wird hierauf in allen drei Lesungen angenommen. Eine weitere Vorlage verlangt dasselbe für Elsaß-Lothringen. Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Wir lehnen aus denselben Gründen auch diesen Gesetzentwurf ab.

Abg. Gimmel (Soz.): In Elsaß-Lothringen ist es zurzeit gar nicht möglich, Neuwahlen vorzunehmen, da in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen Wähler vom Landtag nicht vorhanden sind. Die Ablehnung der Vorlage würde bedeuten, daß die Elsaß-Lothringische Verfassung aus Spiel gesetzt würde.

Abg. Gimmel (Soz.): Ich stelle fest, daß eine Anzahl Wahlkreise nicht wählen können, weil sie in den Händen der Franzosen sind. Andere Wahlkreise sind infolge der Operationen der Franzosen oder unserer Heeresleitung von den Bewohnern geräumt. Der Wunsch des Abg. Ledebour ist also undurchführbar.

Abg. Gimmel (Soz.): Ich stelle fest, daß eine Anzahl Wahlkreise nicht wählen können, weil sie in den Händen der Franzosen sind. Andere Wahlkreise sind infolge der Operationen der Franzosen oder unserer Heeresleitung von den Bewohnern geräumt. Der Wunsch des Abg. Ledebour ist also undurchführbar.

Die Massen als Träger des Friedensgedankens.

Unter der Überschrift „Europas Auferstehung“ schreibt in der „Berl. Volksz.“ Dr. Erich Marx: Der Krieg rasi weiter, und es scheint, als ob auch die vielbegreifte Annäherung der europäischen Massen, deren Ausdruck die Stockholmer Tagung sein sollte, noch nicht zu dem Punkte gelangt ist, wo den Friedensbestrebungen ein greifbarer Erfolg beschieden sein kann.

Deutscher Arbeiter-Verband. Nachruf. Als weiteres Opfer des Weltkriegs fiel unser Kollege der Maurer (1706) Paul Rebien. Jedes Bild vergrößert Reinhard, Hülshorststraße 31. Junge Familien.

Ida Jürgens geb. Utsch nebst Tochter. 3 Säbner zu verkaufen. Alte zerrissene Säcke. Lissauer, Kl. Schrange 8.

Hausflandslumpen. Neutuchabfälle. Alte Zeitungen. Knochen. Lissauer, Kl. Schrange 8.

Carl Folkers Möbelmagazin. 25 Marlesgrube 25. Vollst. Wohnungseinrichtung. Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie.

Vom Sonntag, dem 8. Juli, bis Ende September halten nachstehende Geschäfte der Zigarrenladen-Inhaber ihre Verkaufslöcke an den Sonntagen gänzlich geschlossen.